

# RheinlandPfalz



## Statistische Monatshefte

2000

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

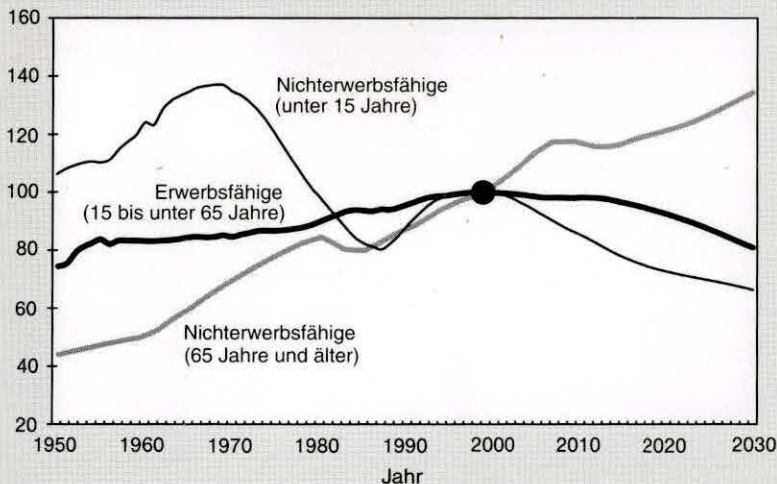
Oktober

November

Dezember

Bevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter  
1950 - 2030

Messzahl: 1999 = 100



Statistisches Landesamt

## Inhalt

---

<b>Bevölkerung und Wirtschaft im Wandel – Rückblick und Vorausschau zum Jahreswechsel 2000 –</b>	1	Anlässlich des Eintritts in das Jahr 2000 werden die großen Linien der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung dargestellt.
--	---	--

---

<b>Außenhandel 1998 nach Ländern und Ländergruppen</b>	14	Seit Ende November 1999 liegen die endgültigen Ergebnisse des rheinland-pfälzischen Außenhandels vor. Die bremsenden Einflüsse der Wirtschaftskrisen in Südostasien, Russland und Südamerika machten sich im Außenhandel zeitlich versetzt und mit unterschiedlicher Intensität bemerkbar.
--	----	--

---

<b>Kurzbeiträge</b>	23	Erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1999
---------------------	----	--

---

<b>Anhang</b>	1*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	7*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

### **Bevölkerungswachstum noch bis zum Jahr 2002**

In den vergangenen 50 Jahren hat die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz um mehr als 1 Mill. Menschen zugenommen. Dieser Entwicklung liegt ein in den meisten Jahren positiver Wanderungssaldo sowie ein Geboren-überschuss bis zum Jahr 1971 zugrunde. Bedingt durch den Umbruch im Osten Europas gab es insbesondere in der jüngeren Vergangenheit erheblich mehr Zuzüge als Fortzüge. So konnte die seit fast 30 Jahren negative Bilanz in der natürlichen Bevölkerungsbewegung immer noch durch Wanderungsgewinne ausgeglichen werden.

Die Entwicklung der Gesamtbevölkerung wird zukünftig voraussichtlich stärker als bisher von den Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsbewegung bestimmt. Trotz zunehmender Lebenserwartung wird die Zahl der Gestorbenen auf Grund der Altersstrukturveränderungen kontinuierlich zunehmen. Gleichzeitig wird die Zahl der Geborenen stark rückläufig sein, da es immer weniger entsprechende Elternjahrgänge geben wird. Die Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung zieht eine stark wachsende negative Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung nach sich. Im ersten Halbjahr 1999 wurden bereits fast 4 000 mehr Gestorbene als Geborene verzeichnet. Der Sterbeüberschuss wird bereits im Jahr 2002 die 10 000er-Marke überschreiten, um dann rasch weiter zuzunehmen. Für das Jahr 2030 wird erwartet, dass die Zahl der Sterbefälle die der Geburten um 30 000 übersteigt.

Da der durch die weiterhin relativ hohen Zuzüge bedingte positive Wanderungssaldo den Negativsaldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung voraussichtlich bis zum Jahr 2002 mehr als ausgleichen kann, wird sich die seit 1987 zu verzeichnende Aufwärtsentwicklung noch bis zu diesem Jahr fortsetzen. Nach dem Überschreiten der 4-Millionen-Grenze Ende 1996 errechnet die Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes für das Jahr 2002 mehr als 4,05 Millionen Personen. Die langfristige Modellrechnung ermittelt unter der Annahme eines ausgeglichenen Wanderungssaldos nach dem Jahr 2012 für das Jahr 2030 eine Bevölkerung von 3 528 000. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 1.

### **In einem halben Jahrhundert zum leistungsfähigen Wirtschaftsraum**

Seit 1950 ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz auf das Sechsfache gestiegen. Das Wachstum der wirtschaftlichen Leistung war mit einem

tief greifenden Strukturwandel verbunden. Auf die Land- und Forstwirtschaft, in der 1950 noch 36 % der Erwerbspersonen beschäftigt waren, entfielen seinerzeit über 14 % der Bruttowertschöpfung. Heute dagegen sind es nur noch 1,3 %. Der Prozess der Industrialisierung des Landes spiegelt sich in dem zunächst zunehmenden Gewicht des produzierenden Gewerbes wider, dessen Bedeutung aber bereits seit den 70er Jahren u. a. durch die starke Expansion des Dienstleistungssektors zurückgedrängt wurde. Eine wichtige Rolle spielten hierbei die produktionsbezogenen Dienstleistungen, wie Rechts- und Wirtschaftsberatung, technische Beratung und Werbung, aber auch die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe. Wesentliche Impulse für das Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und insbesondere für die Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes gingen vom Außenhandel aus.

Bis zum Jahr 2010 wird das Gewicht des produzierenden Gewerbes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, voraussichtlich auf weniger als ein Drittel zurückgehen, während der kommerzielle Dienstleistungsbereich einen Anteil von etwas über 40 % an der Gesamterwerbstätigkeit erreicht. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 8.

### **Florierender Außenhandel 1998**

Im Jahr 1998 hat der rheinland-pfälzische Außenhandel in beiden Verkehrsrichtungen zugenommen. Insgesamt wurden Waren im Wert von 42,9 Mrd. DM ausgeführt. Dies entspricht einem Zuwachs von 2,3 % gegenüber dem Vorjahr und stellt im langfristigen Vergleich einen neuen Spitzenwert dar. Dem gegenüber standen Einfuhren im Wert von 31,8 Mrd. DM und eine entsprechende Steigerung von 11,5 %. Derweil der rheinland-pfälzische Außenhandel in den Monaten Januar bis Juli 1998 noch von einer nachhaltigen Aufwärtsentwicklung geprägt war, wurden in den Folgemonaten vor allem im Export erhebliche Einbußen erkennbar. In der Einfuhr wiesen lediglich die Monate August und September Rückgänge auf, sodass der Warenwert aller eingeführten Güter und Dienstleistungen auf hohem Niveau blieb und darüber hinaus ebenfalls zu einem neuen Spitzenwert führte.

Die kurzfristige Entwicklung des Außenhandels, die bei monatlicher und quartalsweiser Betrachtung sichtbar wird, ist insbesondere ab dem dritten Quartal 1998 vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrisen in Südostasien, Russland und Südamerika sowie rückläufiger Importpreise zu sehen. Hinzu kam die Aufwer-

## kurz + aktuell

tung der Deutschen Mark gegenüber dem US-Dollar in der zweiten Jahreshälfte 1998, die rheinland-pfälzische Produkte auf Dollarbasis verteuerte. Da die Importe 1998 insgesamt stärker ausgeweitet wurden als die Exporte, sank der Ausfuhrüberschuss auf 11,1 Mrd. DM gegenüber 13,4 Mrd. DM im Vorjahr. kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 14.

### Bruttomonatsgehälter im Kreditgewerbe rund 5 300 DM

Die Bruttomonatsgehälter der Angestellten im Kreditgewerbe werden in vierteljährlichen Abständen von der laufenden Verdiensterhebung erfasst. Für den Monat Juli 1999 wurde ein Durchschnittsgehalt von 5 299 DM ermittelt. Damit liegt das für Rheinland-Pfalz berechnete Gehaltsniveau im Kreditgewerbe 5,5 % unter dem Durchschnittswert für Deutschland.

Eine Aufgliederung nach Leistungsgruppen lässt erkennen, dass der niedrigere Durchschnittsverdienst in Rheinland-Pfalz zum einen auf eine schlechtere Bezahlung der besser qualifizierten Angestellten (Leistungsgruppe II und III) zurückzuführen ist und zum anderen mit einem größeren Anteil der weniger qualifizierten und damit weniger verdienenden Angestellten (Leistungsgruppe IV und V) erklärt werden kann. Der Anteil der Angestellten in Leistungsgruppe IV an der Gesamtzahl der Angestellten im Kreditgewerbe beträgt in Rheinland-Pfalz 19,5 % gegenüber 13,8 % in Deutschland,

der Anteil der Angestellten in Leistungsgruppe V 3,8 % gegenüber 3,1 %. Entsprechend sind die Anteile der Angestellten in höheren Leistungsgruppen in Rheinland-Pfalz niedriger als im Durchschnitt Deutschlands (Leistungsgruppe II: 26,7 % gegenüber 31,8 %; Leistungsgruppe III: 50,1 % gegenüber 51,3 %). Das „Frauen-Defizit“ in höheren Positionen ist in Rheinland-Pfalz besonders ausgeprägt (7,3 % gegenüber 14,8 %). Zu beachten ist, dass Angestellte der obersten Führungsebene (Leistungsgruppe I) nicht erfasst werden.

Das Gehaltsniveau im Kreditgewerbe ist im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres mit 3 % in Rheinland-Pfalz weniger stark gestiegen als in Deutschland insgesamt (+ 4,3 %). Betrachtet man für Deutschland die Zuwachsraten der einzelnen Leistungsgruppen, dann zeigt sich, dass diese ausnahmslos niedriger sind als die Gesamtwachstumsrate. Hierin spiegelt sich eine Strukturänderung zugunsten der höchsten Leistungsgruppe wider. Der Anteil der Beschäftigten in dieser Leistungsgruppe ist zu Lasten der anderen Leistungsgruppen gestiegen, sodass der höhere Durchschnittsverdienst in Leistungsgruppe II ein größeres Gewicht in der Gesamtwachstumsrate erhält. In Rheinland-Pfalz ist der Anteil der Beschäftigten in der höchsten Leistungsgruppe gegenüber dem Vorjahr gesunken und der Durchschnittsverdienst mit 1,6 % schwächer gestiegen als in Deutschland (+3,5 %). Beides „drückt“ die Gesamtwachstumsrate der Gehälter im Kreditgewerbe in Rheinland-Pfalz nach unten. kg

### Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Kreditgewerbe Juli 1999

Merkmal	Rheinland-Pfalz		Deutschland		nachrichtlich: Anteil der Angestellten an der jeweils übergeordneten Position (insgesamt bzw. Männer, Frauen)	
	insgesamt	Abweichung vom Durchschnitt in Deutschland	Veränderung gegenüber Juli 1998		Rheinland-Pfalz	Deutschland
	DM		%			
Insgesamt	5 299	-5,5	3,0	4,3	23,5 <sup>1)</sup>	15,7 <sup>1)</sup>
Leistungsgruppe						
II	7 242	-4,4	1,6	3,5	26,7	31,8
III	4 911	-1,0	4,1	3,2	50,1	51,3
IV	3 907	0,2	4,6	3,4	19,5	13,8
V	3 867	1,5	2,5	3,2	3,8	3,1
Männer	5 973	-5,2	1,7	4,0	51,9	51,5
Leistungsgruppe						
II	7 340	-5,6	1,7	3,6	44,7	47,8
III	5 181	-0,2	4,5	3,1	41,3	42,2
IV	3 902	-0,9	-0,1	2,1	12,0	8,3
V	4 098	4,2	4,0	3,1	1,9	1,8
Frauen	4 572	-6,3	4,5	4,4	48,1	48,5
Leistungsgruppe						
II	6 592	-4,4	1,6	3,6	7,3	14,8
III	4 708	-1,8	3,7	3,3	59,5	61,1
IV	3 909	0,7	6,4	3,9	27,5	19,6
V	3 782	0,7	2,5	3,4	5,7	4,4

1) Anteil der Angestellten im Kreditgewerbe an der Gesamtzahl der Angestellten in Industrie, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe.

### Bevölkerung und Wirtschaft im Wandel

– Rückblick und Vorausschau zum Jahreswechsel 2000 –

*„Globalisierung“ und „Integration“ sind zwei Stichworte, die seit einigen Jahren den gesellschaftlichen Diskurs bestimmen. Die Tendenzen, die mit diesen Begriffen umschrieben sind, werden die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft wohl auch im kommenden Jahrhundert prägen.*

*Als Grenzregion im Westen Deutschlands war das Gebiet des heutigen Landes Rheinland-Pfalz von den Folgen der politischen Katastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in besonderem Maß betroffen. Der Blick auf den heute erreichten Stand der europäischen Integration macht deutlich, welch langer Weg seither zurückgelegt wurde. Diese neue Basis der Zusammenarbeit war entscheidend für die erfolgreiche Entwicklung des Landes in den letzten 50 Jahren. Die Kooperation mit den unmittelbaren Nachbarn in Europa ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Kontakte zu Partnerregionen in Amerika, Afrika und Asien zeigen die Möglichkeiten einer weltweiten Zusammenarbeit auf.*

*Als deutsches Bundesland, vor allem aber als europäische Region, muss sich Rheinland-Pfalz den Herausforderungen der Zukunft stellen. Der Eintritt in das Jahr 2000 gibt Anlass, einige grundlegende Sachverhalte aus der Sicht der Statistik zu beleuchten. In den beiden folgenden Beiträgen werden die großen Linien der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung seit 1950 dargestellt. Mit Ergebnissen aus den Prognoserechnungen des Statistischen Landesamtes wird außerdem ein Blick in die absehbare Zukunft versucht.*

### Die Bevölkerungsentwicklung von 1950 - 2030

Kurz vor seinem 50-jährigen Bestehen am 18. Mai 1997 hatte das Land Rheinland-Pfalz die Grenze von 4 Mill. Einwohnern überschritten. Damit lebten zu diesem Zeitpunkt rund 1,2 Mill. Menschen mehr im Land als bei seiner Gründung. Auf Grund der anhaltenden Zuwanderungsüberschüsse ist die Bevölkerung auch in der jüngsten Vergangenheit noch weiter gewachsen. Die Bevölkerungsfortschreibung registrierte Mitte des Jahres 1999 etwa 4 028 000 Einwohner. Der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes zufolge werden im Jahr 2030 noch 3,5 Mill. Menschen in Rheinland-Pfalz leben.

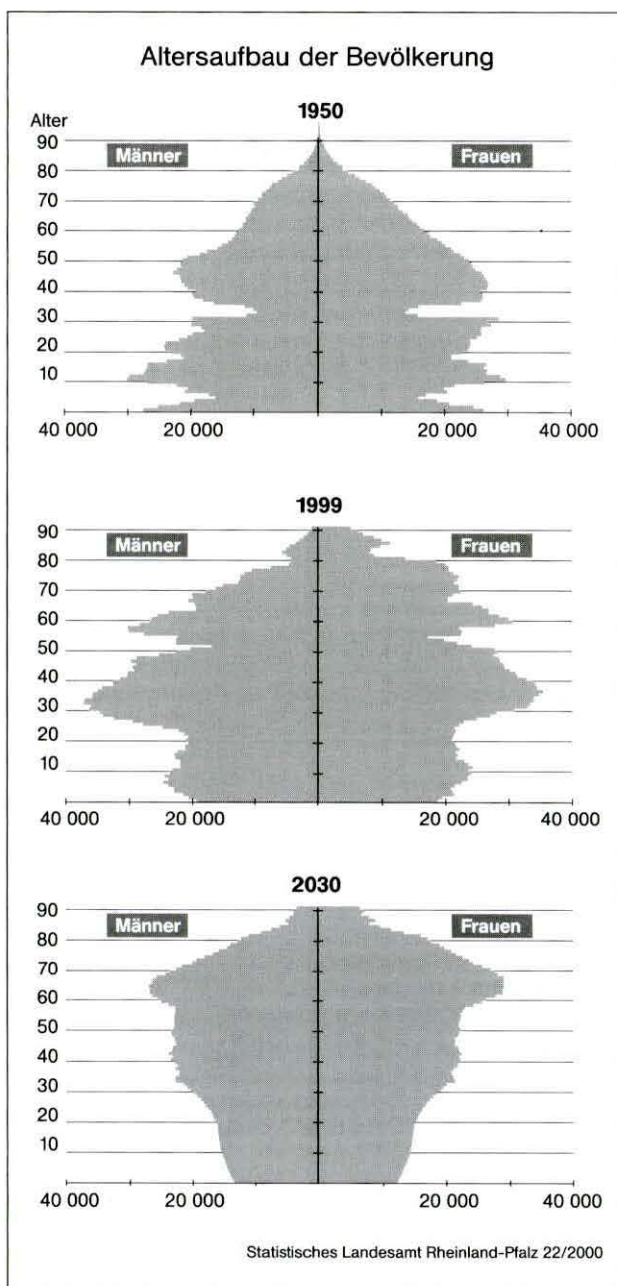
#### Der Bevölkerungsbaum heute und vor 50 Jahren

Für eine Analyse der Bevölkerungsentwicklung bietet sich als Ausgangspunkt die gegenwärtige Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung an, die sich anschaulich in Form eines Bevölkerungsbaums darstellen lässt. Die Ereignisse in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, wie zum Beispiel die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise, haben das Aussehen des heutigen Bevölkerungsbaums entscheidend beeinflusst. Die Geburtenausfälle und die in erster Linie die Männer betreffenden Kriegsverluste sind deutlich zu erkennen. Aber auch die danach abgelaufenen Entwicklungen,

der Geburtenboom Ende der 50er und in den frühen 60er Jahren und der darauf folgende, häufig als „Pillenknicke“ bezeichnete, erhebliche Einbruch in der Geburtenentwicklung haben ihre Spuren hinterlassen. Der Babyboom ist für die derzeit große Zahl der etwa 30- bis 40-Jährigen verantwortlich.

50 Jahre zuvor war das auffallendste Merkmal der Alters- und Geschlechtsstruktur das Fehlen einer großen Zahl der männlichen Bevölkerung im Alter zwischen gut 20 und etwa 50 Jahren. Hier zeigen sich die Verluste an Gefallenen der beiden Weltkriege, verstärkt durch die Geburtenausfälle während des Ersten Weltkriegs. Die Geburtenausfälle sind auch beim weiblichen Bevölkerungsteil an einem tiefen Einschnitt im Alter zwischen 31 und 35 Jahren zu sehen. Beiden Geschlechtern gemeinsam sind Einschnitte durch Geburtenausfälle im Alter zwischen 17 und 20 Jahren auf Grund der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre und bei den 3 bis 9 Jahre alten Kindern als Folge des Zweiten Weltkriegs.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass der Bevölkerungsbaum nicht nur eine zeitpunktbezogene Betrachtung der Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung darstellt, sondern zugleich eine historische Analyse ermöglicht. Im Folgenden wird die Bevölkerungsentwicklung seit 1950 eingehender untersucht.



Die Bevölkerung wird zum einen durch die natürliche Bevölkerungsbewegung, also die Geburten und die Sterbefälle, determiniert; zum anderen bestimmen Wanderungsbewegungen, also die Zuzüge und die Fortzüge, die Entwicklung.

### Dynamische Geburtenentwicklung

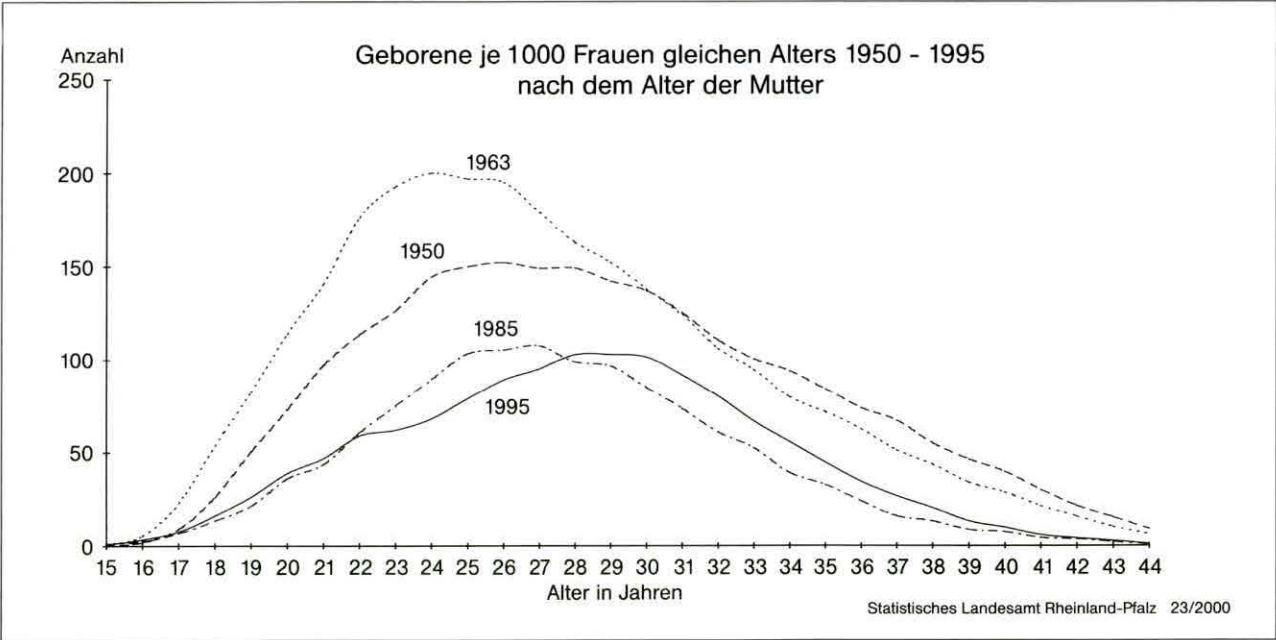
Bei der Geburtenentwicklung haben sich in den letzten 50 Jahren gravierende Änderungen vollzogen. Die Jahre unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs waren stark durch die Nachkriegsverhältnisse geprägt; viele Familien waren durch den Verbleib der Männer in Kriegsgefangenschaft noch zerrissen oder konnten bzw. wollten wegen der schlechten Wohn- und Wirtschaftsverhältnisse Kinderwünsche nicht realisieren. So kamen 1946 erst rund 38 800 Kinder zur Welt, 1950 waren es mit 56 100 aber schon weit mehr. Auch in den

Jahren danach zeigte sich ein nahezu kontinuierlicher Anstieg, bis im Jahr 1963 mit fast 67 800 Lebendgeborenen die höchste Zahl in den vergangenen 50 Jahren erreicht wurde.

Von diesem Zeitpunkt an begann die Zahl der Geburten nachhaltig zu sinken. Zu Beginn der 80er Jahre stieg sie zwar wieder an, erreichte aber in keinem Jahr auch nur annähernd wieder das frühere Niveau. Als Höchstwert wurde 1990 eine Geborenenzahl von gut 42 700 registriert, rund 25 000 weniger als Mitte der 60er Jahre. In den Jahren danach sank die Zahl der Kinder, die das Licht der Welt erblickten, auf Werte um 40 000, um dann erneut leicht anzusteigen. 1998 gab es mit 39 600 Kindern wieder deutlich weniger Geburten; 1999 wird dieser Wert voraussichtlich noch erheblich unterschritten. Der etwas uneinheitliche Verlauf der Geburtenentwicklung in den letzten 25 Jahren ist dabei in erster Linie durch den sich verändernden Altersaufbau der Bevölkerung, d.h. die variierende Zahl junger Menschen im Familiengründungsalter, geprägt.

Die Anzahl der Neugeborenen wird außer durch den Altersaufbau der Bevölkerung auch durch das so genannte generative Verhalten – also den Wunsch nach Kindern – bestimmt. Bezieht man die Zahl der Kinder, die von Frauen eines bestimmten Alters innerhalb eines Jahres zur Welt gebracht werden, auf die Gesamtzahl der weiblichen Bevölkerung des gleichen Alters, so erhält man altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern, die sich am anschaulichsten in ihrer grafischen Darstellung für alle Frauenaltersjahre interpretieren lassen. Dabei ist deutlich zu erkennen, dass langfristig gesehen die Fruchtbarkeit insgesamt erheblich abgenommen hat. So liegt beispielsweise die Kurve der Fruchtbarkeitsziffern des Jahres 1995 für alle Altersjahre unter der von 1950. Diese Tatsache kommt auch in der so genannten zusammengefassten Geburtenziffer zum Ausdruck, einer Maßzahl zur Beurteilung der „Geburtenfreudigkeit“ einer Bevölkerung. Diese lag 1950 noch bei 2 393. Im Jahr 1963, in dem die Geburtenentwicklung ihren Höhepunkt erreichte, lag dieser Wert bei 2 762, um dann in den Jahren danach rasant abzunehmen; 1975 wurde ein Wert von knapp 1 450 erreicht. Die rückläufige Entwicklung hat sich seither, wenn auch stark abgeschwächt, fortgesetzt. So nahm diese Maßzahl im Jahr 1995 mit 1 356 ihren bislang niedrigsten Wert an. Sie war damit gerade noch halb so hoch wie Mitte der 60er Jahre. In der jüngsten Vergangenheit sind die Fruchtbarkeitsziffern insgesamt gesehen wieder leicht angestiegen. Dies sollte jedoch nicht als Trendumkehr gewertet werden. Vielmehr ist zu vermuten, dass es sich bei dieser Entwicklung um aufgeschobene Geburten handelt. Im Übrigen ist zur Bestandserhaltung der Bevölkerung ein Wert von 2 200 erforderlich: Das bedeutet, dass jede Frau in ihrem Leben durchschnittlich 2,2 Kinder zur Welt bringen müsste.

Deutliche Änderungen zeigen sich auch bei der Betrachtung der einzelnen altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern. Hatten im Jahr 1950 die Frauen im Alter von 26 Jahren mit über 150 Geburten je 1 000 Frauen die höchste Fruchtbarkeitsziffer, so wurde diese 1963 mit 200 Geburten bei den 24-Jährigen erreicht. Seitdem ist das Alter der Mütter zum Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder deutlich angestiegen. Heute haben Frauen um



die Dreißig die höchste Fruchtbarkeitsziffer. Eine der Ursachen für die starken Rückgänge der Fruchtbarkeitsziffern jüngerer Frauen ist sicher in ihrer besseren und auch längeren Berufsausbildung zu finden. In ihrer Lebensplanung und der ihrer Partner hat sich die Realisierung eines Kinderwunsches eindeutig auf höhere Altersjahrgänge verschoben. Die Zahl der insgesamt gewünschten Kinder hat sich gleichzeitig deutlich reduziert.

**Steigende Lebenserwartung**

Die Zeitreihe der Gestorbenen weist deutlich geringere Schwankungen als die der Geborenen oder gar der Zu- und Fortgezogenen auf. Auf lange Sicht hat sich die Lebenserwartung kontinuierlich erhöht, was einer sinkenden Sterblichkeit gleichzusetzen ist. Damit hat diese Komponente der Bevölkerungsbewegung einen vergleichsweise stabilen Verlauf und ist auch für die Abschätzung der zukünftigen Entwicklung relativ gut kalkulierbar.

Bei weitgehend konstanten Entwicklungstendenzen der Sterblichkeit wird die Anzahl der Gestorbenen in erster Linie durch den Bevölkerungsumfang und den Altersaufbau bestimmt. Insgesamt gesehen ist eine tendenzielle Zunahme der Gestorbenenanzahlen zu verzeichnen, die jedoch primär auf die zunehmende Überalterung der Bevölkerung zurückzuführen ist. 1998 starben in Rheinland-Pfalz knapp 43 000 Menschen gegenüber 32 000 im Jahr 1950. Die größte Zahl mit fast 45 000 Gestorbenen wurde 1975 registriert.

Die durchschnittliche Lebenserwartung ist im langfristigen Vergleich erheblich gestiegen. Während Anfang der 50er Jahre ein neugeborenes Mädchen noch damit rechnen musste, vor seinem 69. Geburtstag zu sterben, lag die Lebenserwartung zu Beginn der 70er Jahre schon bei 74 Jahren; derzeit beträgt sie 80 Jahre.

Die Lebenserwartung des männlichen Geschlechts ist stets wesentlich niedriger gewesen. So hatten die zu Beginn der 50er Jahre geborenen Knaben nur 65 Lebensjahre zu erwarten, in den frühen 70er Jahren lag deren Lebenserwartung bei 67 und zurzeit liegt sie bei 74 Jahren. Vor hundert Jahren war die Lebenserwartung sogar nur halb so hoch wie heute. Ausschlaggebend für diese positive Entwicklung ist in erster Linie der Rückgang der früher großen Säuglings- und Kindersterblichkeit.

Lebenserwartung<sup>1)</sup> nach  
ausgewählten Altersjahrgängen und Geschlecht

Alter in Jahren	1949/51	1960/62	1970/72	1986/88	1995/97
Männlich					
0	64,56	66,84	67,04	72,04	74,01
50	23,75	23,06	22,94	25,37	26,69
55	19,85	19,04	18,94	21,27	22,49
60	16,20	15,45	15,26	17,46	18,49
65	12,84	12,31	12,05	13,93	14,92
70	9,84	9,55	9,35	10,74	11,74
75	7,28	7,15	7,16	8,03	8,88
80	5,24	5,19	5,33	5,90	6,50
85	3,71	3,78	3,92	4,34	4,71
90	2,64	2,69	2,87	3,25	3,37
Weiblich					
0	68,48	72,34	73,57	78,56	80,14
50	25,75	26,94	27,42	30,71	31,89
55	21,50	22,59	23,08	26,21	27,41
60	17,46	18,42	18,89	21,85	22,97
65	13,72	14,54	14,95	17,69	18,73
70	10,42	11,05	11,41	13,78	14,76
75	7,68	8,08	8,39	10,31	11,19
80	5,57	5,77	6,01	7,44	8,13
85	4,01	4,17	4,24	5,28	5,71
90	2,87	3,03	3,05	3,77	4,06

1) Lebenserwartung als Durchschnitt der angegebenen Zeiträume. 1949/51 früheres Bundesgebiet ohne Berlin und Saarland. 1960/62 früheres Bundesgebiet. 1949/51 und 1993/95 abgekürzte Sterbetafeln, sonst allgemeine Sterbetafeln.

Aber auch im höheren Altersbereich hat sich die Sterblichkeit in den letzten Jahrzehnten deutlich reduziert. So kann sich ein Mann, der heute mit 65 Jahren aus dem Erwerbsleben scheidet, auf knapp 15 Jahre im Ruhestand freuen; gegenüber 1950 sind dies immerhin rund 2 Jahre mehr. Im gleichen Zeitraum haben 50-jährige Frauen 6,1 und 50-jährige Männer 2,9 Jahre an Lebenserwartung hinzugewonnen. Bei den 60-Jährigen sind es 5,5 bzw. 2,3 Jahre und bei den 70-Jährigen 4,3 bzw. 1,9 Jahre.

Als Ursache für die Steigerung der Lebenserwartung sind neben dem medizinischen Fortschritt auch die vermehrt durchgeführten Vorsorgeuntersuchungen, die bessere Erreichbarkeit der ärztlichen (Notfall-)Versorgung sowie die verstärkte gesundheitliche Aufklärung zu nennen. Globaler formuliert könnte man auch die allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse anführen.

### Wachsender Gestorbenenüberschuss

Bei einem ausgeglichenen Wanderungssaldo wird die Tatsache, ob eine Bevölkerung wächst oder schrumpft, durch das Verhältnis bestimmt, das Geburten und Sterbefälle zueinander aufweisen. Ist die Zahl der Geborenen größer als die der Gestorbenen, so nimmt der Umfang der Bevölkerung zu, übersteigt hingegen die Zahl der Sterbefälle die der Geborenen, so liegt ein Gestorbenenüberschuss vor, der ein Absinken der Bevölkerungszahl zur Folge hat.

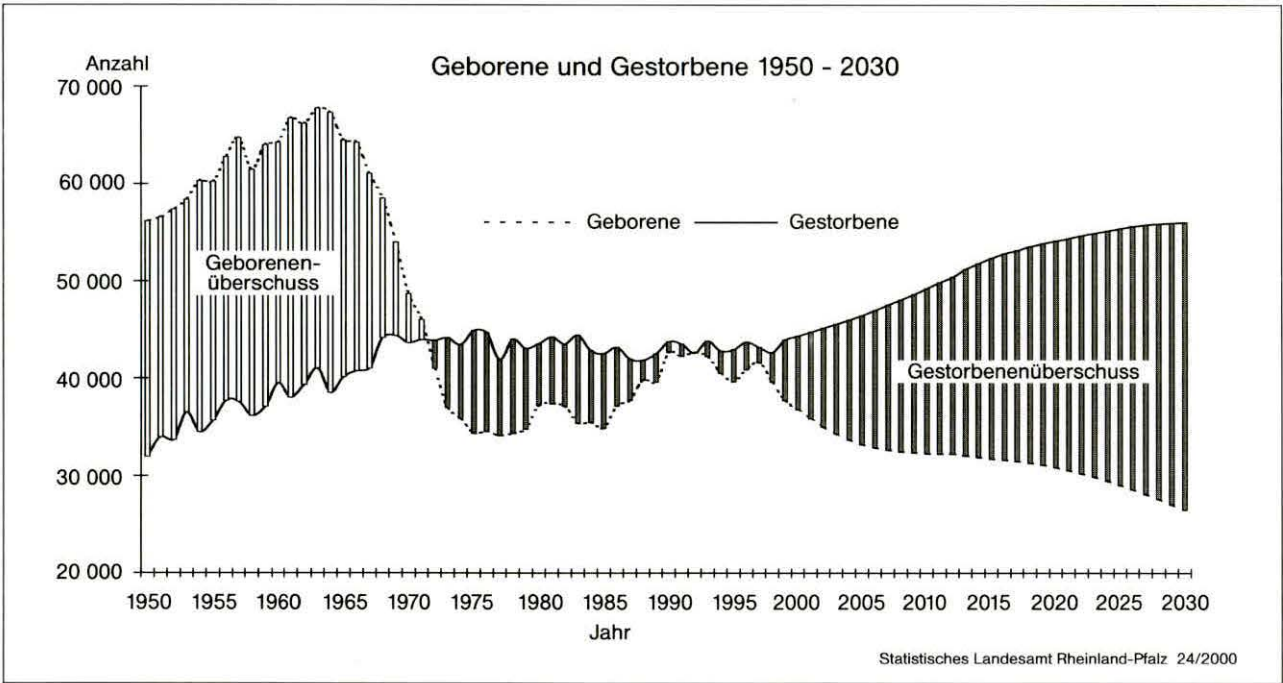
Bis 1971 gab es stets mehr Lebendgeborene als Gestorbene. Die Differenz war unmittelbar nach dem Krieg eher klein, nahm dann in den Jahren von 1949 bis 1967 aber Werte von zum Teil deutlich über 20 000 an, mit Spitzenwerten von knapp 29 000 in den Jahren 1961

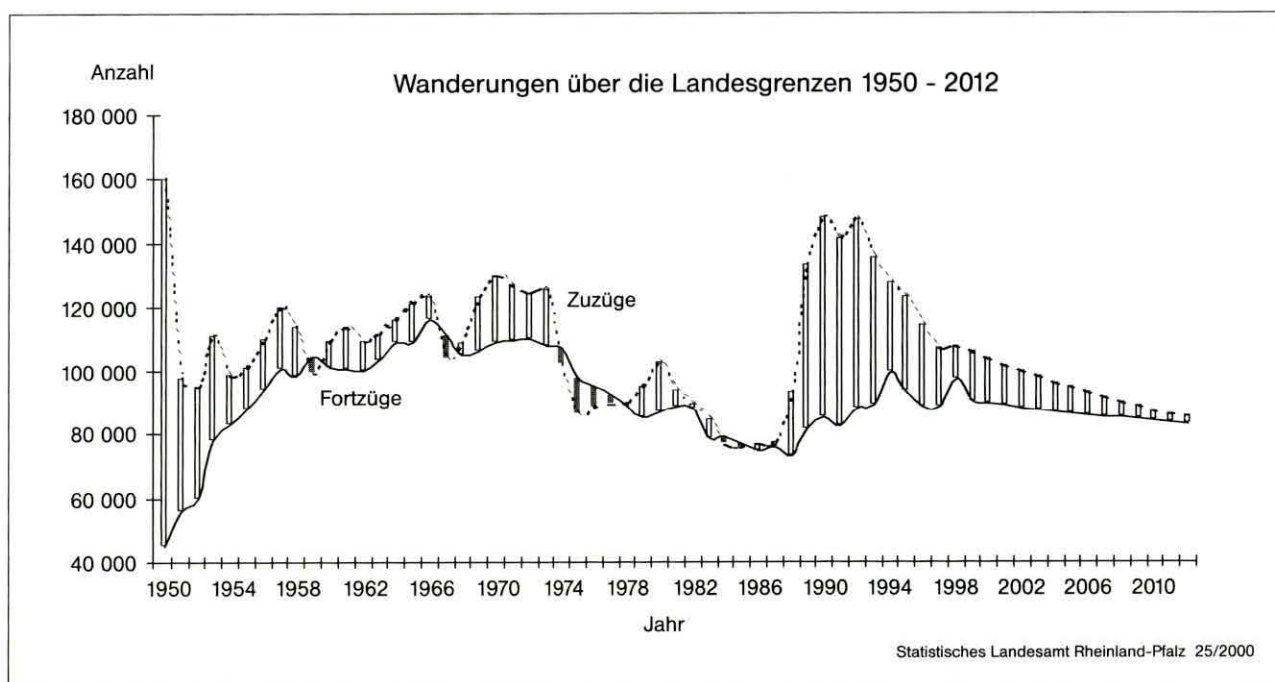
und 1964. Mitte der 60er Jahre setzte ein rapider Rückgang ein, der erstmals 1972 zu einem Geburtendefizit führte. In diesem Jahr gab es 2 900 weniger Geborene als Gestorbene. In den Jahren 1975 und 1976 stieg der Gestorbenenüberschuss auf über 10 000 an, ging aber in der Folgezeit auf Grund der altersstrukturbedingt gestiegenen Geborenenzahlen wieder zurück. Einzig 1992 gab es dann noch einmal einen positiven Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung; die Differenz betrug allerdings nur 87. Von 1993 bis 1998 waren Negativsalde mit Werten zwischen - 1 500 und - 3 300 zu beobachten. Für das erste Halbjahr 1999 wurden bereits fast 4 000 mehr Gestorbene als Geborene verzeichnet.

### Räumliche Bevölkerungsbewegung

Veränderungen in der Gesamtbevölkerungszahl des Landes waren stets stärker von der räumlichen als von der natürlichen Bevölkerungsbewegung beeinflusst. Betrachtet man den Zeitraum von 1950 bis heute, zeigt sich, dass die Bevölkerungszunahme seit damals zu gut 70 % auf Wanderungsgewinne und nur zu weniger als einem Drittel auf Geburtenüberschüsse zurückzuführen ist.

Die verschiedenen Herkunftsgebiete trugen in den zurückliegenden Jahrzehnten in sehr unterschiedlichem Ausmaß zu den Wanderungsgewinnen und damit zum Bevölkerungswachstum des Landes bei. Mit dem politischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa gab es nach 1989 eine erhebliche Steigerung der Zuzugszahlen. Den größten Bevölkerungszuwachs durch Wanderungsgewinne hatte Rheinland-Pfalz in den Jahren seit 1950 im Austausch mit dem Ausland – ohne die damalige DDR – zu verzeichnen. Bis 1998 kamen insgesamt 1,3 Mill. Menschen von Regionen außerhalb des heuti-





gen Bundesgebietes in das Land. Gut 900 000 Personen zogen in diesem Zeitabschnitt von hier ins Ausland fort. Daraus errechnet sich ein Wanderungsgewinn von 376 000 Personen, durchschnittlich etwa 7 800 pro Jahr. Von dem Gesamtwanderungsgewinn gegenüber dem Ausland im Zeitraum nach 1950 entfielen fast 90 % auf das Wanderungsgeschehen mit den europäischen Ländern.

### Der Bevölkerungsbaum in 30 Jahren

Das Statistische Landesamt erstellt alljährlich eine Bevölkerungsprognose auf der Grundlage der aktuellen Bevölkerungszahlen unter Berücksichtigung der Entwicklungsverläufe von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen für einen Prognosezeitraum von 15 Jahren. Darüber hinaus werden mit vereinfachten Modellannahmen – beispielsweise ohne Berücksichtigung der zukünftigen Wanderungsentwicklung – langfristige Modellrechnungen bis zum Jahr 2030 erstellt.

Der Bevölkerungsbaum, der die geschichtlichen Ereignisse einer Population widerspiegelt, ist zugleich Ausgangspunkt für eine Betrachtung der zukünftigen Entwicklung der Bevölkerung. Die den gegenwärtigen Bevölkerungsaufbau prägenden einschneidenden Ereignisse werden auch die Bevölkerungsstruktur in den kommenden Jahren noch entscheidend bestimmen. So ist selbst bei einer langfristigen Betrachtung der Geburtenboom der frühen 60er Jahre am Bevölkerungsbaum des Jahres 2030 noch an der großen Zahl der Mittsechziger zu erkennen. Aber auch die zunehmende Lebenserwartung und die rückläufigen Kinderzahlen bewirken als ständige Einflüsse eine Verschiebung der relativen Gewichte der Altersklassen auf höhere Lebensalter, was zu der fortschreitenden so genannten Überalterung der Bevölkerung führt.

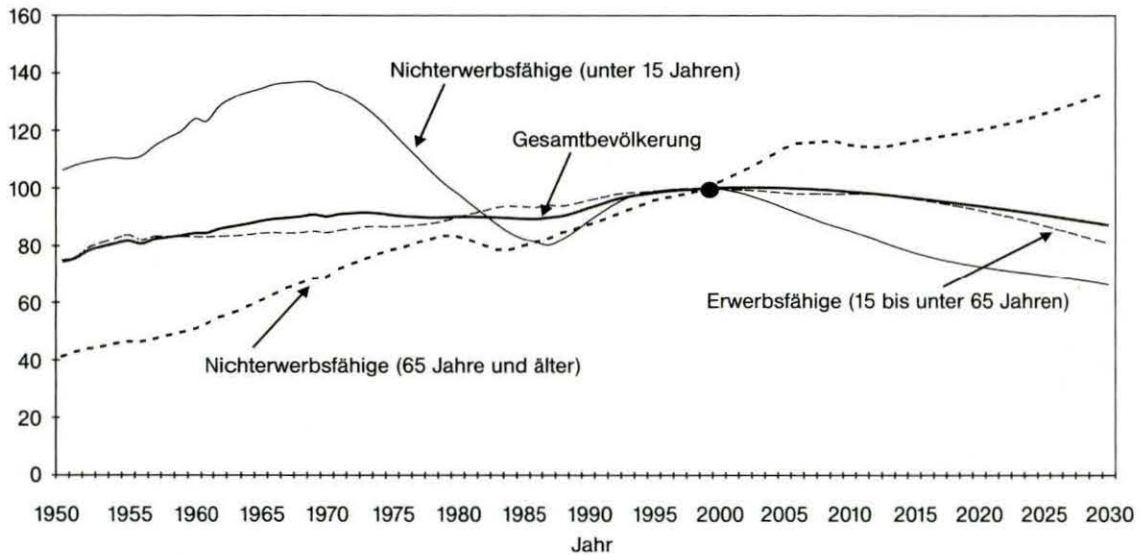
### Langfristig sinkende Bevölkerung

Die Entwicklung der Gesamtbevölkerung wird zukünftig voraussichtlich stärker als bisher von den Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsbewegung bestimmt. Die Trendprognose der alters- und geschlechtsspezifischen Sterbeziffern impliziert die Annahme einer weiterhin steigenden Lebenserwartung. Auf Grund der Altersstrukturveränderungen wird die Zahl der Gestorbenen künftig jedoch kontinuierlich zunehmen. Während 1998 noch rund 43 000 Gestorbene registriert wurden, sind ab dem Jahr 2012 Werte von mehr als 50 000 – bei weiterhin steigender Tendenz – zu erwarten. Die Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung zieht eine stark wachsende negative Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung nach sich. Der Sterbeüberschuss wird bereits im Jahr 2002 die 10 000er-Marke überschreiten, um dann rasch weiter zuzunehmen. Für das Jahr 2030 wird erwartet, dass die Zahl der Sterbefälle die der Geburten um 30 000 übersteigt.

Neben dem Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung bestimmt das Verhältnis von Zu- und Fortzügen die Bevölkerungsentwicklung. Derzeit geht man immer noch davon aus, dass auch zukünftig mit deutlich mehr Zu- als Abwanderungen zu rechnen ist, dies jedoch mit abnehmender Tendenz. Da der durch die weiterhin relativ hohen Zuzüge bedingte positive Wanderungssaldo den Negativsaldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung voraussichtlich bis zum Jahr 2002 mehr als ausgleichen kann, wird sich die seit 1987 zu verzeichnende Aufwärtsentwicklung noch bis zu diesem Jahr fortsetzen. Nach dem Überschreiten der 4-Millionen-Grenze Ende 1996 errechnet die Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes für das Jahr 2002 mehr als 4,05 Mill. Personen. Die langfristige Modellrechnung ermittelt unter der Annahme eines ausgeglichenen Wanderungssaldos nach dem Jahr 2012 für das Jahr 2030 eine Bevölkerung von 3 528 000 Rheinland-Pfalzern.

## Bevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter 1950 - 2030

Messzahl: 1999 = 100



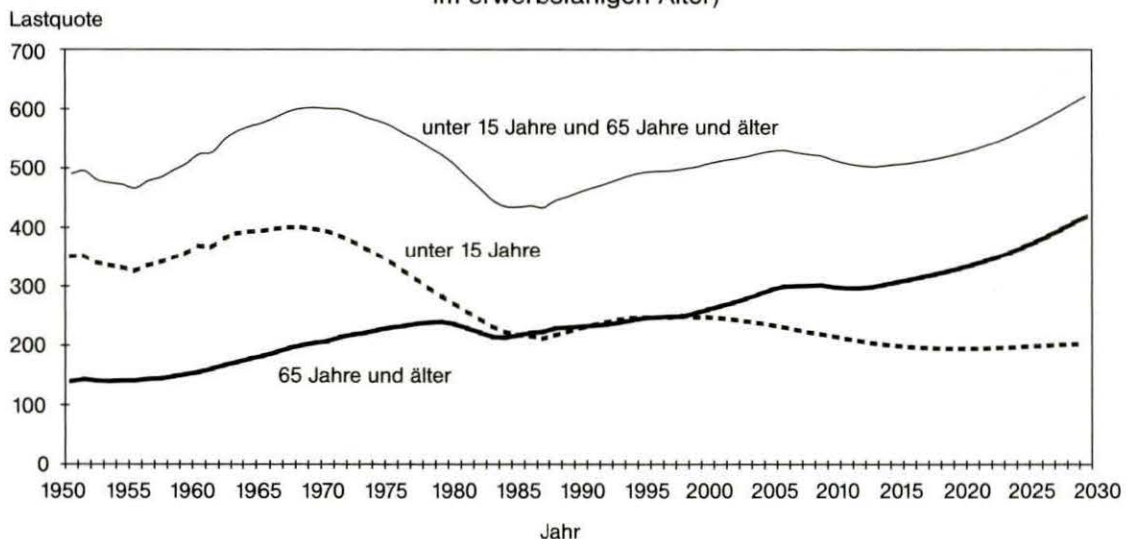
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 26/2000

### Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Während der Umfang der gesamten Bevölkerung Anhaltspunkte für den Bedarf an Gütern und Dienstleistungen liefert, kann die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter als Potenzial zur Deckung dieses Bedarfs angesehen werden. Für langfristige Vergleichszwecke erscheint es zweckmäßig zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter pauschal alle Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren zu zählen. Danach sind die unter 15-Jährigen noch nicht und die Personen ab 65 Jahren nicht mehr

erwerbstätig. Auf Grund der unregelmäßigen Struktur des Bevölkerungsbaums variieren die Umfänge dieser Hauptaltersgruppen im Zeitablauf erheblich. Langfristig gesehen zeigt sich eine erhebliche Zunahme der Nichterwerbsfähigen. Gegenwärtig gibt es gegenüber 1950 weit mehr als doppelt so viele Personen, die 65 Jahre oder älter sind. Bis zum Jahr 2030 wird deren Zahl gegenüber heute um mehr als ein Drittel zunehmen. Der Vorausschätzung zufolge soll es dann über 910 000 Menschen dieses Alters geben, gegenüber gut 280 000 im Jahr 1950.

### Lastquoten 1950 bis 2030 (Personen im nichterwerbsfähigen Alter je 1000 Personen im erwerbsfähigen Alter)



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 27/2000

# Bevölkerung 1999 - 2030 nach Altersgruppen

Alter	1999	2000	2005	2010	2015	2020	2025	2030
Anzahl								
unter 3	119 303	114 232	102 242	97 590	95 357	93 005	88 137	80 907
3 - 6	127 087	128 430	113 238	103 114	96 970	94 455	91 318	85 444
6 - 10	187 513	183 509	172 333	150 670	136 235	127 816	124 966	119 640
10 - 16	275 849	282 388	282 555	261 322	228 920	204 684	192 050	187 192
16 - 19	132 205	131 906	145 210	140 507	130 888	112 480	101 049	95 389
19 - 25	255 609	258 710	264 742	282 209	273 370	256 447	222 371	200 509
25 - 40	933 045	911 182	804 175	728 723	713 603	698 084	678 580	627 915
40 - 60	1 060 542	1 066 678	1 169 928	1 213 806	1 175 036	1 106 257	1 011 822	938 389
60 - 75	655 714	668 791	655 067	659 543	653 045	711 138	772 812	791 457
75 u. älter	294 819	302 462	336 903	358 004	402 223	390 242	386 251	401 195
Insgesamt	4 041 686	4 048 288	4 046 393	3 995 488	3 905 647	3 794 608	3 669 356	3 528 037
Anteil der Altersgruppen in %								
unter 3	3,0	2,8	2,5	2,4	2,4	2,5	2,4	2,3
3 - 6	3,1	3,2	2,8	2,6	2,5	2,5	2,5	2,4
6 - 10	4,6	4,5	4,3	3,8	3,5	3,4	3,4	3,4
10 - 16	6,8	7,0	7,0	6,5	5,9	5,4	5,2	5,3
16 - 19	3,3	3,3	3,6	3,5	3,4	3,0	2,8	2,7
19 - 25	6,3	6,4	6,5	7,1	7,0	6,8	6,1	5,7
25 - 40	23,1	22,5	19,9	18,2	18,3	18,4	18,5	17,8
40 - 60	26,2	26,3	28,9	30,4	30,1	29,2	27,6	26,6
60 - 75	16,2	16,5	16,2	16,5	16,7	18,7	21,1	22,4
75 u. älter	7,3	7,5	8,3	9,0	10,3	10,3	10,5	11,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Messzahlen: 1999 = 100								
unter 3	100	95,7	85,7	81,8	79,9	78,0	73,9	67,8
3 - 6	100	101,1	89,1	81,1	76,3	74,3	71,9	67,2
6 - 10	100	97,9	91,9	80,4	72,7	68,2	66,6	63,8
10 - 16	100	102,4	102,4	94,7	83,0	74,2	69,6	67,9
16 - 19	100	99,8	109,8	106,3	99,0	85,1	76,4	72,2
19 - 25	100	101,2	103,6	110,4	106,9	100,3	87,0	78,4
25 - 40	100	97,7	86,2	78,1	76,5	74,8	72,7	67,3
40 - 60	100	100,6	110,3	114,5	110,8	104,3	95,4	88,5
60 - 75	100	102,0	99,9	100,6	99,6	108,5	117,9	120,7
75 u. älter	100	102,6	114,3	121,4	136,4	132,4	131,0	136,1
Insgesamt	100	100,2	100,1	98,9	96,6	93,9	90,8	87,3

Die Konsequenzen dieser unterschiedlichen Entwicklungen lassen sich recht deutlich aufzeigen, wenn man die Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Beziehung setzt. Diese so genannten Belastungsquoten geben Anhaltspunkte dafür, wie groß die Anzahl der Personen ist, für die die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufkommen muss. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass nur ein Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Insbesondere wird der Umfang der Erwerbstätigkeit erheblich dadurch beeinflusst, dass die Erwerbsquoten der Frauen im Zeitablauf starken Veränderungen unterliegen.

Die gesamte Lastquote, die 1950 noch bei knapp 500 lag, nahm 1969 mit 602 einen vorübergehenden Höchstwert an, fiel bis 1987 dann aber auf 434 zurück. Sie steigt seitdem kontinuierlich an und wird nach der

langfristigen Modellrechnung im Jahr 2030 einen Wert von 622 annehmen. Damit werden die in der Vergangenheit bereits beobachteten Werte nur unwesentlich überschritten. So gesehen sind die im Prognosezeitraum zu erwartenden Änderungen als wenig dramatisch einzustufen.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch bei einer Zerlegung in die beiden Teillastquoten. So wird die Quote für die Bevölkerung im Rentenalter, die 1950 noch bei 140 lag und zurzeit 250 beträgt, nach der Vorausschätzung künftig auf mehr als 400 Nichterwerbsfähige je 1 000 Erwerbsfähige ansteigen und damit Werte annehmen, die in der Vergangenheit noch nicht erreicht wurden. Eine weiterführende Fortschreibung errechnet für das Jahr 2050 eine Lastquote von 476. Die Tendenzen dieser Entwicklung stehen heute eindeutig fest. Auch Veränderungen der Modellannahmen können allenfalls zu kleineren Verschiebungen führen. Den

erheblichen zusätzlichen Belastungen der Gesellschaft durch die stark wachsende Zahl älterer Menschen steht jedoch eine gewisse Entlastung durch die Jüngeren gegenüber. So zeigt die Lastquote, die in den 60er und 70er Jahren zeitweise bis auf 400 anstieg und gegenwärtig bei knapp 250 liegt, in Zukunft geringfügig niedrigere Werte mit langfristig klar rückläufiger Tendenz.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass unabhängig von den weniger gesicherten Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Geburten und der Wanderungen die Zahl älterer Menschen stark zunehmen wird. Die damit verbundenen Auswirkungen, beispielsweise in den Bereichen der Rentenfinanzierung und des Gesundheitssystems, werden erheblich sein.

### **Weniger junge, mehr alte Menschen**

Eine differenziertere Betrachtung der Bevölkerung nach dem Alter zeigt grundsätzlich den erheblichen Einfluss, den der unregelmäßige Aufbau des Bevölkerungsbaums ausübt.

So wird sich die Entwicklung der Altersgruppe der älteren Menschen nicht einheitlich vollziehen, sondern in den verschiedenen Altersjahrgängen dem gegenwärtigen unregelmäßigen Aufbau des Bevölkerungsbaums entsprechend unterschiedlich verlaufen. Beispielsweise wird die Zahl der im Rahmen der Diskussion um das Ruhestandsalter interessanten 60- bis 65-Jährigen zunächst nur bis zum Ende des Jahres 2001 ansteigen. Danach kommen jedoch die Geburtenausfälle des Zweiten Weltkriegs zum Tragen und bewirken eine rückläufige Entwicklung dieser Altersgruppe. Der nach Kriegsende einsetzende Geburtenzuwachs, der in den

Geburtenboom der 60er Jahre mündete, lässt die Zahl der 60- bis 65-Jährigen dann wieder kräftig wachsen.

Unregelmäßige durch die derzeitige Bevölkerungsstruktur verursachte Entwicklungen zeigen auch die anderen Altersgruppen. Besonders markant ist der Verlauf bei den Hochbetagten. Im Jahr 2030 wird es doppelt so viele über 90-Jährige wie heute geben. Sehr hohe Steigerungsraten sind auch für die 75- bis 80-Jährigen zu erwarten. Auch wenn die Entwicklung in allen Altersgruppen zwischenzeitlich rückläufig sein wird, ändert dies nichts an der langfristig eindeutigen Tendenz, dass die Anzahl älterer Menschen erheblich und nachhaltig zunehmen wird.

Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung sind aber nicht nur bei der älteren Generation, sondern – wenn auch nicht im gleichen Ausmaß – auch in den anderen Altersklassen zu erwarten. Von besonderem Interesse sind hier die an den verschiedenen Fachplanungen orientierten Altersabgrenzungen, insbesondere nach dem Kindergarten-, Schul- und Studienalter. Nach der Prognose wird die Zahl der Kinder im Kindergartenalter in Zukunft deutlich rückläufig sein. Mit entsprechender zeitlicher Verzögerung vollzieht sich die Entwicklung der Zahl der Kinder im Grundschulalter, das bei etwa 6 bis 10 Jahren anzusetzen ist, und in dem für die Sekundarstufe I relevanten Alter (10 bis 16 Jahre), hier wird ein Anstieg noch bis zum Jahr 2003 erwartet. Die für die höchste Schulstufe bedeutenden Altersjahrgänge der 16- bis 19-Jährigen werden nach den Berechnungen noch bis zum Jahr 2007 zulegen, während für die Entwicklung der für die Studentenzahlen entscheidenden Altersgruppe der 19- bis 25-Jährigen eine Zunahme noch bis zum Jahr 2011 erwartet wird.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

## **Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1950**

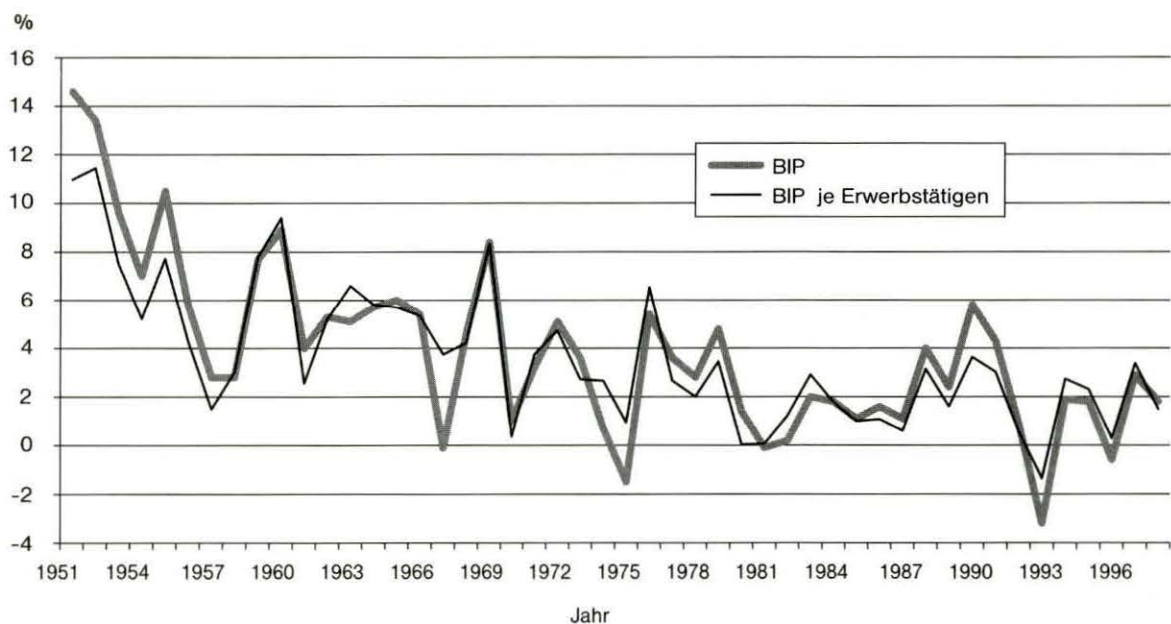
### **Die Ausgangssituation zur Jahrhundertmitte**

Als die alliierten Mächte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Grenzen der späteren Bundesländer festlegten, spielten ökonomische Kriterien meist keine wesentliche Rolle. In besonderem Maße gilt dies wohl für das Land Rheinland-Pfalz, das aus Gebieten sehr unterschiedlicher historischer Entwicklung und wirtschaftlicher Struktur zusammengefügt wurde. Zwar waren in den Grenzen des neuen Landes traditionelle Branchen mit überregionaler Bedeutung ansässig, so z. B. die chemische Industrie in Ludwigshafen, die Schuhindustrie im Raum Pirmasens oder die Industrie der Steine und Erden im Koblenz-Neuwieder Becken, das herausragende Merkmal der Wirtschaftsstruktur aber war die starke Stellung der Land- und Forstwirtschaft. Im Jahr 1950 arbeiteten noch über eine halbe Million Menschen in diesem Sektor, über ein Drittel aller Erwerbspersonen und mehr als im produzierenden Gewerbe beschäftigt waren. Obwohl das vorhandene wirtschaftliche Potenzial also zunächst keine allzu günstigen Entwicklungsaussichten bot, sollte das Land Rheinland-Pfalz doch in relativ kurzer Zeit zu einem leistungsfähigen Wirtschaftsraum zusammenwachsen.

### **Bruttoinlandsprodukt versechsfacht**

Umfassender Maßstab der gesamtwirtschaftlichen Leistung ist das Bruttoinlandsprodukt, die Summe aller in einem bestimmten Zeitraum erstellten Güter und Dienstleistungen. In jeweiligen Preisen berechnet stieg dieser Indikator von 5,5 Mrd. DM im Jahr 1950 auf 161 Mrd. DM im Jahr 1998. Diese starke nominale Expansion auf fast das 30fache ist wesentlich auch durch die Preisentwicklung bedingt. Real, von Preissteigerungen bereinigt, ergibt sich aber immer noch ein Anstieg auf mehr als das Sechsfache. Dieses wirtschaftliche Wachstum verlief über den gesamten Zeitraum nicht gleichmäßig. Die realen Zuwachsraten haben sich im Zeitablauf tendenziell verringert. Während sich das Bruttoinlandsprodukt in der Wiederaufbauphase der 50er Jahre mehr als verdoppelte, ergab sich in den 60er Jahren, in denen eine tief greifende Umstrukturierung des verarbeitenden Gewerbes und die beginnende europäische Integration neue Impulse vermittelten, noch ein Zuwachs von rund 68 %. In den 70er Jahren wurde die wirtschaftliche Entwicklung vor allem durch außenwirtschaftliche Einflüsse geprägt, wie die allmähliche Aufwertung der Deutschen Mark nach der Freigabe

Jährliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) 1951 bis 1998



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 28/2000

der Wechselkurse und die zweimalige drastische Erhöhung des Energiepreisniveaus; das reale Bruttoinlandsprodukt stieg nur noch um 32 %. In den 80er Jahren halbierte sich die Wachstumsrate nochmals auf gut 16 %. In dieser Größenordnung dürfte sich der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts auch in den 90er Jahren bewegt haben.

Überlagert wurden diese mittelfristigen Tendenzen durch kurzfristige konjunkturelle Schwankungen. Nach einer außergewöhnlichen Hochkonjunktur zu Beginn der 50er Jahre, die teilweise im Zusammenhang mit der Koreakrise stand, waren bis in die 70er Jahre hinein ziemlich regelmäßige zyklische Schwankungen zu beobachten, wobei ein Konjunkturzyklus jeweils etwa vier bis fünf Jahre umfasste. Während sich vor allem in den 50er Jahren Phasen einer gedämpften wirtschaftlichen Entwicklung nur in einer Abschwächung der vergleichsweise hohen Zuwachsraten zeigten, kam es Mitte der 60er Jahre erstmals zu einer fühlbaren Rezession, die jedoch, auch durch den Einsatz der damals neuen wirtschaftspolitischen Instrumente der Globalsteuerung, relativ rasch überwunden werden konnte. Seit Beginn der 70er Jahre wurden die konjunkturellen Zyklen unregelmäßiger. Außenwirtschaftliche Sonderfaktoren wie die Ölpreiskrise von 1973/74 verstärkten bereits vorhandene Schwächetendenzen und führten 1975 zu einem absoluten Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts. Die zweite drastische Erhöhung des Ölpreises 1979/80 stand am Beginn der bis dahin längsten Rezession. Ab Mitte 1982 befand sich die rheinland-pfälzische Wirtschaft in einem stetigen gemäßigten Konjunkturaufschwung, ohne dass sich eine ausgesprochene Hochkonjunktur herausgebildet hätte. Erst gegen Ende der 80er Jahre beschleunigte

sich das Wirtschaftswachstum wieder. Der anschließende „Wiedervereinigungsboom“ der Jahre 1990 und 1991 mündete in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit; 1993 ging das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,2 % zurück. Ähnlich wie in den 80er Jahren war in der Folgezeit wieder eine moderate Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen, vorhandene Ansätze für eine kräftigere Erholung konnten sich jedoch nicht dauerhaft durchsetzen.

Konjunkturelle Entwicklungen werden durch nationale und internationale Wirtschaftsverflechtungen geprägt; ein relativ kleines Wirtschaftsgebiet wie das Land Rheinland-Pfalz kann sich ihnen kaum entziehen. Gleichwohl zeigt sich auf längere Sicht, dass die wirtschaftliche Entwicklung seit der ersten Hälfte der 60er Jahre bis gegen Ende der 80er Jahre in Rheinland-Pfalz einen etwas günstigeren Verlauf genommen hat als im Durchschnitt des damaligen Bundesgebietes. In den 90er Jahren konnte das Land dagegen mit dem durchschnittlichen Wachstum im früheren Bundesgebiet nicht ganz Schritt halten, da es wegen der räumlichen Entfernung vom Wiedervereinigungsboom weniger begünstigt wurde, von der nachfolgenden Rezession aber aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur stärker betroffen war als andere Bundesländer. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität, das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, hat sich auf lange Sicht günstiger entwickelt als im Durchschnitt des früheren Bundesgebietes. Mit einem Betrag von 95 680 DM je Erwerbstätigen lag Rheinland-Pfalz 1998 um 7,6 % unter dem Durchschnittswert, im Jahr 1960 hatte der Rückstand noch über 12 % betragen. Unter den Flächenländern nimmt Rheinland-Pfalz heute hinter Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen den fünften Platz ein.

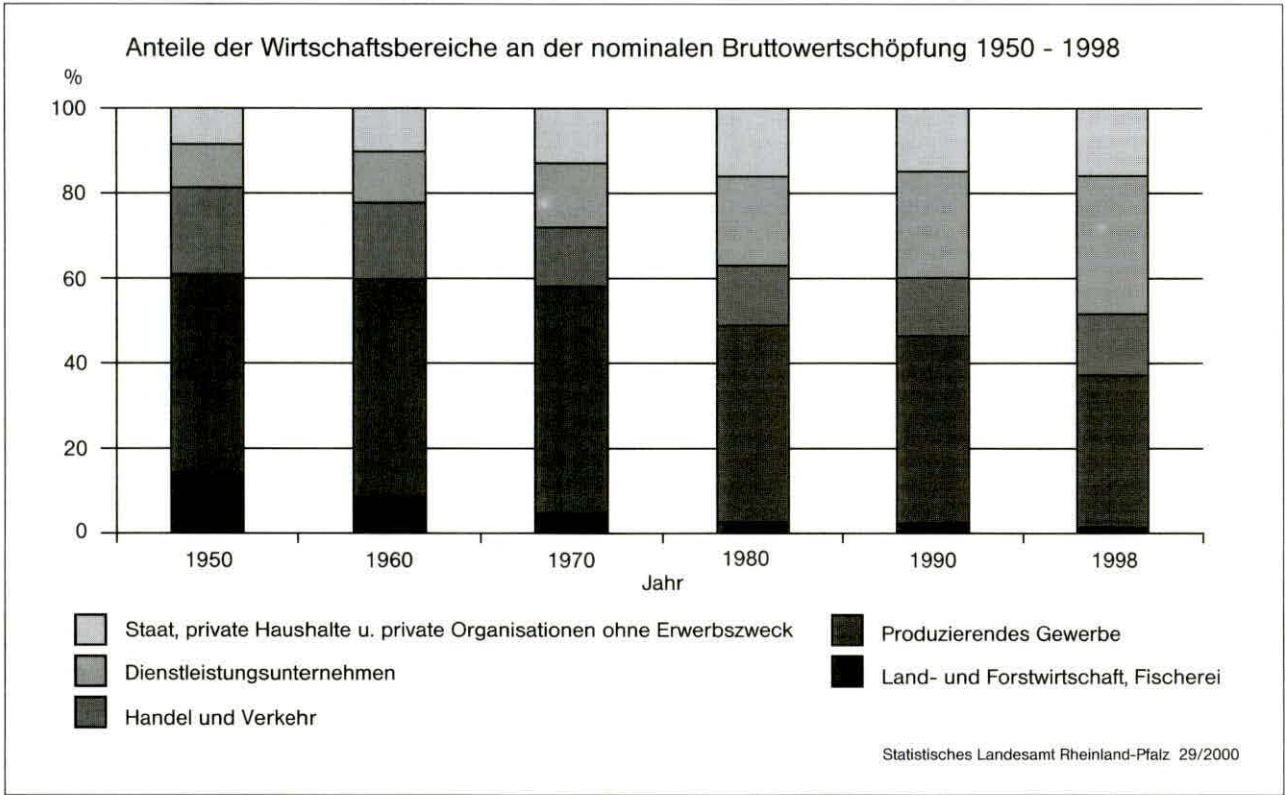
### Gesamtwirtschaftlicher Strukturwandel: Dienstleistungen rücken vor

Der wirtschaftliche Aufschwung wurde von einem tief greifenden Strukturwandel begleitet, der sich sowohl im Beitrag der einzelnen Sektoren zur Bruttowertschöpfung als auch in ihrem Anteil an den Erwerbstätigen niederschlägt. Auf die Land- und Forstwirtschaft entfielen 1950 noch über 14% der Bruttowertschöpfung. Trotz dieses nicht allzu hohen Anteils ist es gerechtfertigt, von einer überwiegend agrarischen Orientierung des Landes in dieser Anfangsphase zu sprechen, denn 36 % der Erwerbspersonen waren in diesem Sektor beschäftigt. Gemessen an diesen Indikatoren ist die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft seither kontinuierlich zurückgegangen. Im Jahr 1998 trug sie noch 1,3 % zur Bruttowertschöpfung bei, ihr Anteil an den Erwerbstätigen hatte sich auf 3,3 % reduziert. Verglichen mit der Wirtschaftsstruktur im früheren Bundesgebiet hat die Land- und Forstwirtschaft aber unverändert überdurchschnittliches Gewicht, bedingt teils durch die natürlichen Gegebenheiten im Lande mit vorherrschendem Mittelgebirgscharakter, teils durch die herausragende Bedeutung von Sonderkulturen, insbesondere des Weinbaus.

Der Prozess der Industrialisierung des Landes spiegelt sich in dem zunächst zunehmenden Gewicht des produzierenden Gewerbes wider. Sein Beitrag zur Bruttowertschöpfung stieg von 46,5 % im Jahr 1950 auf über 53 % im Jahr 1970. Waren 1950 rund 35 % der Erwerbspersonen in diesem Sektor tätig, so stieg sein Anteil bis 1970 auf etwa 46 %. Neben der Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe, auf die noch näher einzugehen sein wird, war hierfür auch die lebhafte Bautätigkeit vor

allem in den 60er Jahren maßgebend. Seither hat die Bedeutung des produzierenden Gewerbes abgenommen. Neben Krisenerscheinungen im Baugewerbe sowie in traditionellen Branchen des rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes, etwa der Schuhindustrie, ist dies vor allem auf die starke Expansion des Dienstleistungssektors zurückzuführen, wie sie für hoch entwickelte Volkswirtschaften typisch ist. Im Jahr 1998 trug das produzierende Gewerbe noch knapp 36 % zur Bruttowertschöpfung bei. Damit lag das Gewicht dieses Sektors in Rheinland-Pfalz um 3 Prozentpunkte über dem Durchschnitt des früheren Bundesgebiets, während sein Anteil 1950 noch um 3 Prozentpunkte hinter dem Durchschnittswert zurückgeblieben war. Seinerzeit war für diese abweichende Struktur die überdurchschnittliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft ausschlaggebend, dagegen ist sie heute überwiegend in Verbindung mit dem um 3 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt liegenden Anteil des Dienstleistungssektors zu sehen.

Besonders expansiv verlief die Entwicklung der Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne, deren Beitrag zur Bruttowertschöpfung sich zwischen 1950 und 1998 auf 32,5 % mehr als verdreifachte. Eine wichtige Rolle spielten hierbei vor allem die produktionsbezogenen Dienstleistungen, wie Rechts- und Wirtschaftsberatung, technische Beratung und Werbung, die von einer verstärkten Spezialisierung und Arbeitsteilung profitierten, aber auch die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe. Daraus wird deutlich, dass die Expansion des Dienstleistungsbereichs nicht in erster Linie als Alternative zur Entwicklung des sekundären Sektors im Sinne einer Entindustrialisierung anzusehen ist, vielmehr stellt sie einen komplementären Faktor dar,



der wesentliche Impulse aus der Stärkung der industriellen Basis der rheinland-pfälzischen Wirtschaft erhielt. Das Wachstum der eher konsumorientierten Dienstleistungszweige blieb dagegen im Allgemeinen hinter dieser Entwicklung zurück, wenngleich wichtige Branchen, so vor allem der Fremdenverkehr, vom steigenden Lebensstandard der Bevölkerung begünstigt wurden.

Der Beitrag des Staates, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zur Bruttowertschöpfung stieg von 8,5 % im Jahr 1950 auf über 16 % im Jahr 1975. Maßgebend dürfte hierfür vor allem der Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur gewesen sein, der sich auch in stark gestiegenen Beschäftigtenzahlen etwa im Bildungswesen und im Gesundheitswesen widerspiegelt. Seither verharrt der Staatsanteil auf einem Niveau von 15 bis 16 %.

Die Bedeutung des Bereichs Handel und Verkehr ist zwischen 1950 und 1970 deutlich zurückgegangen. Sein Anteil an der Bruttowertschöpfung sank von über 20 % auf etwa 14 %. Während der Handel von diesem Prozess weniger betroffen war, zeigten sich im Teilbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung beträchtliche Verschiebungen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern sowohl in der Güterbeförderung als auch in der Personenbeförderung. Ein wesentlicher Faktor für das unterdurchschnittliche Wachstum dieses Bereichs dürfte die rasch zunehmende private Motorisierung gewesen sein, die erhebliche Einbußen vor allem im öffentlichen Personenverkehr zur Folge hatte. Seit 1970 expandierte der Bereich Handel und Verkehr etwa in gleichem Maße wie die Gesamtwirtschaft, sodass sich sein Anteil an der Bruttowertschöpfung kaum noch veränderte.

Die Ergebnisse der Erwerbstätigenprognose des Statistischen Landesamtes deuten darauf hin, dass sich die in den letzten 25 Jahren vorherrschenden Tendenzen des Strukturwandels in der nächsten Zukunft fortsetzen werden. Die Zahl der in rheinland-pfälzischen Betrieben Beschäftigten (Erwerbstätige am Arbeitsort) hatte im Jahr 1992 mit 1,553 Mill. ihren höchsten Stand erreicht und ist seither um fast 5 % gesunken. Bis 2010 wird die Beschäftigung voraussichtlich nochmals um etwa 1 % zurückgehen. Der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Gesamterwerbstätigkeit wird auf weniger als ein Drittel fallen, während der kommerzielle Dienstleistungsbereich (einschließlich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung) die 40 %-Marke leicht übersteigen wird. Rechnet man zum marktorientierten Teil des tertiären Bereichs noch die Organisationen ohne Erwerbszweck hinzu, dann wird sogar ein Anteil von fast 50 % erreicht. Der Anteil des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) an der Erwerbstätigkeit bleibt bei knapp einem Sechstel stabil. Dagegen sinkt die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft weiter: Am Ende des Prognosezeitraums im Jahr 2010 wird ihr Beschäftigungsanteil nur noch auf 2,3 % geschätzt.

## Neue Produktionsschwerpunkte im verarbeitenden Gewerbe

Der Strukturwandel der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zeigt sich nicht nur in der Verschiebung der Gewichte zwischen den großen volkswirtschaftlichen Sektoren, sondern in eher noch stärkerem Maße in der gewandelten Bedeutung einzelner Wirtschaftszweige. Traditionsreiche Branchen sind fast völlig verschwunden, während andere Bereiche, die zuvor in Rheinland-Pfalz kaum vertreten waren, erhebliche Bedeutung erlangten. Umfassendes statistisches Material hierüber liegt vor allem für das verarbeitende Gewerbe vor.

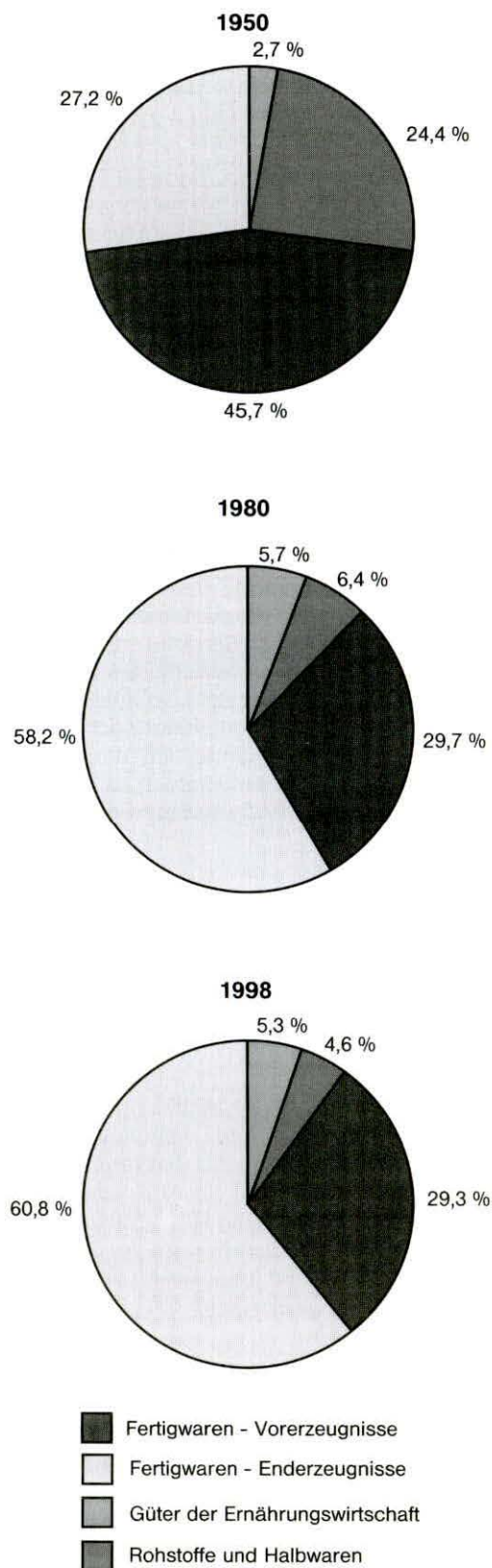
Der Beschäftigtenstand im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> hat sich von 1950 bis 1973 fast verdoppelt. Nachdem 1973 mit knapp 427 000 Arbeitskräften der höchste Personaleinsatz verzeichnet worden war, ging die Zahl der Beschäftigten auf zuletzt rund 315 000 zurück. Dominierender Bereich sind die Vorleistungsgüterproduzenten mit einem Anteil von 54 % der Beschäftigten. Während die chemische Industrie als wichtigster Wirtschaftszweig dieser Hauptgruppe ihren Beschäftigtenanteil von rund 17 % auf nahezu 22 % steigern konnte, haben andere Branchen in diesem Bereich an Bedeutung verloren. Der Bergbau ist in der ersten Hälfte der 60er Jahre fast vollständig erloschen, 1952 waren hier noch über 2 % der Beschäftigten tätig gewesen. Das Abflauen der Baukonjunktur nach dem Ende der Wiederaufbauphase tangierte nicht nur das Baugewerbe, sondern in erheblichem Umfang auch die Produzenten von Baustoffen, wie die Industrie der Steine und Erden.

Etwa ein Viertel der Beschäftigten entfällt auf die Investitionsgüterproduzenten. Diese Hauptgruppe expandierte vor allem in den 60er Jahren, als mit der Neuansiedlung großer Betriebe der Branchen „Straßenfahrzeugbau“ und „Herstellung von ADV-Geräten“ nicht nur eine hohe Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen wurde, sondern auch völlig neue Schwerpunkte in der Produktionspalette der rheinland-pfälzischen Industrie gesetzt werden konnten. Tendenziell rückläufig war die Bedeutung der Verbrauchsgüterproduzenten. Der Rückgang auf einen Anteil von zuletzt noch 17,5 % der Beschäftigten ist vor allem durch die seit den 60er Jahren anhaltende Krise der Schuhindustrie bedingt. Ihr Anteil an den Beschäftigten beträgt heute nicht einmal mehr 2 % gegenüber mehr als 9 % im Jahr 1950.

Trotz der erfolgreichen Umstrukturierung durch die erwähnten Industrieansiedlungen weicht die Branchenstruktur des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz immer noch erheblich vom Bundesdurchschnitt ab. Gemessen am Anteil der Hauptgruppen an der Gesamtzahl der Beschäftigten sind die Vorleistungsgüterproduzenten deutlich überrepräsentiert, in geringerem Maße gilt dies auch für die Verbrauchsgüterproduzenten. Dagegen bleiben die Investitionsgüterproduzenten um mehr als 8 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

### Ausfuhr nach Warengruppen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 30/2000

### Exportwirtschaft von herausragender Bedeutung

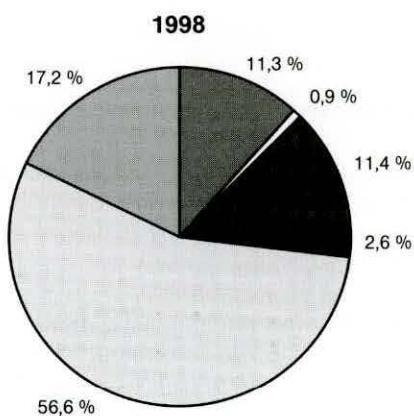
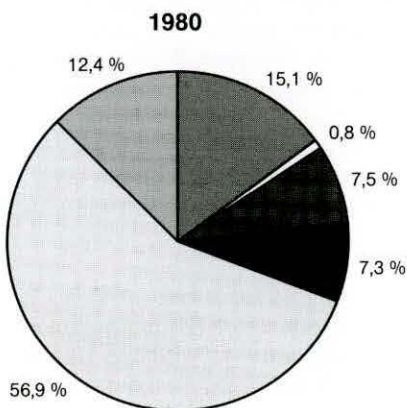
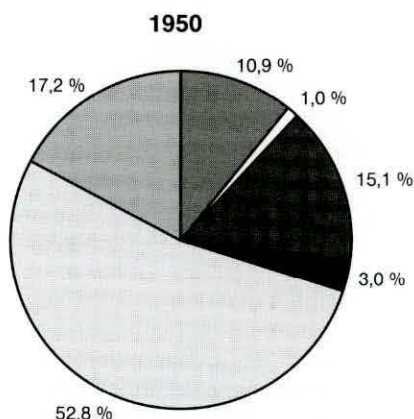
Wesentliche Impulse für das Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und insbesondere für die Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes gingen vom Außenhandel aus. Der Auslandsumsatz des verarbeitenden Gewerbes stieg von 444 Mill. DM im Jahr 1950 auf 46,5 Mrd. DM im Jahr 1998. Die Exportquote, der Anteil am Gesamtumsatz, erhöhte sich von 11 % auf knapp 41 %, damit liegt Rheinland-Pfalz an zweiter Stelle unter allen Bundesländern. Die Entwicklung seit Mitte der 70er Jahre macht allerdings deutlich, dass ein derart hohes Gewicht der Exportwirtschaft auch Risiken birgt, da dies zwangsläufig eine starke Abhängigkeit der heimischen Industrie von der Entwicklung auf den Auslandsmärkten impliziert. Der Auslandsumsatz ging mehrfach, zuletzt Anfang der 90er Jahre, mehr oder weniger fühlbar zurück und beeinträchtigte damit die konjunkturelle Gesamtentwicklung.

Besondere Bedeutung hat der Export traditionell in der chemischen Industrie und im Maschinenbau. Schon im Jahr 1950 erreichte die Exportquote in diesen beiden Branchen jeweils rund 25 %. Bis zum Jahr 1998 stieg sie in der chemischen Industrie auf 60 % und im Maschinenbau auf 50 % an. Ebenfalls stark exportorientiert ist der Fahrzeugbau, dessen Exportquote zuletzt 53 % erreichte. Der Anteil der einzelnen Branchen am Auslandsumsatz des verarbeitenden Gewerbes war teilweise erheblichen Schwankungen unterworfen. Für den Export wichtigster Wirtschaftszweig war jedoch stets die chemische Industrie, auf die 1998 über 39 % des Auslandsumsatzes entfielen.

Die Warenstruktur des rheinland-pfälzischen Exports hat sich seit 1950 erheblich verändert. Der Anteil der Rohstoffe und Halbwaren an der gesamten Ausfuhr ging von 24 % auf weniger als 5 % im Jahr 1998 zurück. Den weitaus größten Teil der Ausfuhr machten schon 1950 die Fertigwaren mit knapp drei Vierteln aus, ihr Anteil liegt derzeit bei etwa 90 %. Innerhalb dieser Warengruppe haben die Vorerzeugnisse tendenziell an Bedeutung verloren, während der Anteil der Enderzeugnisse an der gesamten Warenausfuhr sich auf über 60 % mehr als verdoppelte. Zu den wichtigsten Exportgütern zählen heute chemische Vor- und Endprodukte, Maschinen sowie Kraftfahrzeuge, insbesondere Lastkraftwagen. Auf diese vier Warengruppen entfielen 1998 fast 24 Mrd. DM oder annähernd 57 % der Gesamtausfuhr des Landes. Angesichts der abnehmenden gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Agrarsektors ist es bemerkenswert, dass sich der Anteil von Gütern der Ernährungswirtschaft an der Warenausfuhr mehr als verdoppelt hat. Die Quote von 5,3 % im Jahr 1998 entsprach einem Exportwert von über 2,2 Mrd. DM, wobei auf den Weinexport knapp 600 Mill. DM entfielen.

Die Regionalstruktur des rheinland-pfälzischen Exports war seit 1950 größeren Schwankungen unterworfen. Drei Faktoren spielten hierbei eine besondere Rolle: die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1958 und die weitere Entwicklung bis zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion,

## Ausfuhr nach Erdteilen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 31/2000

die sprunghaft steigende Nachfrage der OPEC-Länder als Folge der Ölpreiserhöhungen in den Jahren 1973 und 1979 sowie die Öffnung der Grenzen zu den europäischen Staatshandelsländern (heute als mittel- und osteuropäische Länder bezeichnet) in den Jahren nach 1989. Die europäische Integration begünstigte die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz in besonderem Maße, da das Land aus seiner ursprünglichen Grenzlage in das Zentrum des größeren westeuropäischen Wirtschaftsraums rückte. Von 1960 bis zur Mitte der 80er Jahre wurde annähernd die Hälfte der rheinland-pfälzischen Exporte in die EG-Länder (EG der Zwölf) geliefert. Etwa 30 % der Exporte flossen in die übrigen industrialisierten westlichen Länder. Diese recht stabile Struktur änderte sich vorübergehend, als die OPEC-Länder in der zweiten Hälfte der 70er und zu Beginn der 80er Jahre ihre wachsende Kaufkraft zur Entwicklung ihrer Volkswirtschaften nutzten und eine starke Nachfrage nach Industriegütern entfalteten. Der Anteil der OPEC-Staaten am rheinland-pfälzischen Export vervierfachte sich in wenigen Jahren und erreichte im Jahr 1981 mit fast 19 % einen Kulminationspunkt. Politische und wirtschaftliche Probleme in diesen Abnehmerländern hatten allerdings zur Folge, dass ihre Exportnachfrage ab 1982 erheblich zurückging und ihr Anteil an der rheinland-pfälzischen Ausfuhr rasch wieder abnahm. Relativ stabil war dagegen der Anteil der übrigen Entwicklungsländer mit etwa 10 %.

Mit der zunehmenden Einbindung der mittel- und osteuropäischen Länder in den internationalen Handel haben sich die regionalen Strukturen in den 90er Jahren nochmals verschoben. Heute gehen etwa 55 % der rheinland-pfälzischen Exporte in die nunmehr 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wichtigster Abnehmer ist unverändert das Nachbarland Frankreich. Auf die übrigen industrialisierten westlichen Länder entfallen etwa 20 % der Ausfuhren. Der Anteil der ehemaligen Staatshandelsländer in Europa hat sich auf etwa 10 % mehr als verdoppelt. In die OPEC-Staaten werden zurzeit nur rund 3 % der rheinland-pfälzischen Exporte geliefert, während sich der Anteil der übrigen Entwicklungsländer weiterhin auf etwa 10 % beläuft. Auf die Staatshandelsländer in Asien entfällt zwar erst etwa 1 % der Ausfuhren, jedoch ist für die Zukunft in dieser Region der Weltwirtschaft, zu der insbesondere die Volksrepublik China gehört, noch ein erhebliches Entwicklungspotenzial zu vermuten.

Diplom-Volkswirt Hans Libowitzky

# Außenhandel 1998 nach Ländern und Ländergruppen

Die Liberalisierung des internationalen Handels schreitet weiter voran. Dieser Prozess wurde über viele Jahre im Wesentlichen getragen durch Vereinbarungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) und seit 1995 durch die Welthandelsorganisation (WTO). Auf europäischer Ebene hat die Einrichtung des EU-Binnenmarktes und der Europäischen Währungsunion, in Nordamerika oder in Südostasien die Konstituierung der NAFTA bzw. der ASEAN-Gruppe dazu beigetragen. Positive Einflüsse erwachsen aber auch aus der marktwirtschaftlichen Orientierung vieler mittel- und osteuropäischer Länder, der intensiveren Nutzung günstiger Produktionsbedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie aus den rasanten Fortschritten in der Kommunikationstechnologie, die weltweit Markttransparenz begünstigen. Die Globalisierung der Weltwirtschaft, im Kontext eines in mehreren Schlüsselregionen der Erde günstigen konjunkturellen Umfelds, fördert die internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung und damit den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr.

Außenhandel bekommt eine andere Prägung und entspricht immer weniger dem tradierten Verkäufer-Käufer-Modell, wenn mehr und mehr spezielle Dienstleistungen selbständig, produktflankierend oder produktimmanent über die Grenzen nationaler Wirtschaftsgebiete verkauft oder eingekauft werden müssen. So werden heute z. B. komplette Fabrikationsanlagen von deutschen und/oder ausländischen Firmen in ein Entwicklungsland ausgeführt oder beispielsweise in der Automobilindustrie Motorteile des Autoproduzenten A in das Drittland W exportiert und als fertige Motoren von dort wieder eingeführt. Denkbar ist auch, dass das Zulieferunternehmen B elektronische Bausteine aus dem EU-Land X einkauft, seinerseits etwa Anlasser oder andere elektronische Komponenten nach Y ausführt und andernorts Karosserieteile des Autoproduzenten B zum lackierenden Unternehmen in das Nachbarland Z exportiert werden, dort veredelt und wieder importiert werden. So genannte „global player“ etablieren sich auch in anderen Branchen. Konzentra-

tionsprozesse sind unverkennbar. Multinationale Konzerne prägen das wirtschaftliche Geschehen immer mehr.

## Krisen in Südostasien, Russland und Südamerika

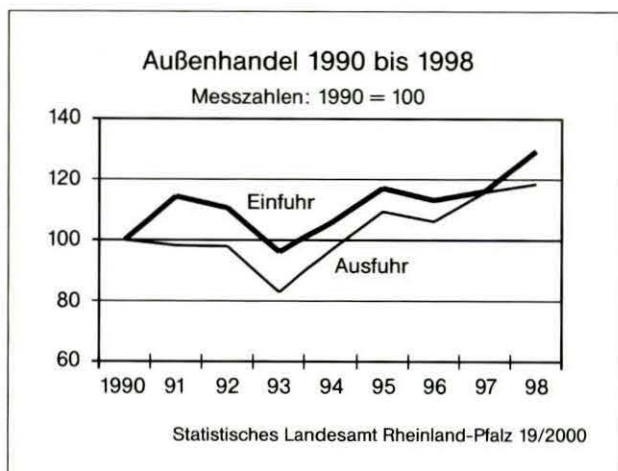
Das Jahr 1998 war geprägt von Wirtschaftskrisen in Südostasien, Russland und Südamerika. Die hieraus resultierenden bremsenden Einflüsse machten sich auch in den Industrieländern zeitlich versetzt und mit unterschiedlicher Intensität bemerkbar. Die Konjunktur in Westeuropa wurde insbesondere ab dem dritten Quartal 1998 gedämpft. Obwohl die Beeinträchtigungen in den USA bereits früher spürbar wurden, blieb die wirtschaftliche Expansion dank einer kräftigen Inlandsnachfrage während des ganzen Jahres stark. Von dem Nachfrageeinbruch in asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern wurde die japanische Wirtschaft besonders stark betroffen. Während die Arbeitslosenquote in den USA einen sehr niedrigen Stand erreichte, ist sie in Westeuropa trotz einer Abnahme immer noch hoch. In Japan stieg sie auf den seit Jahrzehnten höchsten Stand. Der Preisauftrieb blieb in fast allen Industrieländern gering. Hierzu trugen auch sinkende Importpreise bei.

So ist beispielsweise in den Jahren 1997 und 1998 der Weltrohölpreis stark zurückgegangen. Dies war Folge einer unerwartet schwachen Nachfrageentwicklung, an die sich die Produktion nur verzögert anpasste. Die Lagerbestände von Rohöl und Ölprodukten stiegen infolgedessen stark an. Auch der OPEC gelang es bis Ende 1998 nicht, die Ölförderung deutlich einzuschränken.

## 1998 Spitzenwerte im Import und Export

Die endgültigen rheinland-pfälzischen Ergebnisse für 1998 liegen erst seit Ende November 1999 vor. Die Außenhandelsstatistik wird zentral im Statistischen Bundesamt bearbeitet.

Im Jahr 1998 hat der rheinland-pfälzische Außenhandel in beiden Verkehrsrichtungen zugenommen. Insgesamt wurden Waren im Wert von 42,9 Mrd. DM ausgeführt. Dies entspricht einem Zuwachs von 2,3 % gegenüber dem Vorjahr und stellt im langfristigen Vergleich einen neuen Spitzenwert dar. Demgegenüber standen Einfuhren im Wert von 31,8 Mrd. DM und eine entsprechende Steigerung von 11,5 %. Derweil der rheinland-pfälzische Außenhandel in den Monaten Januar bis Juli 1998 noch von einer nachhaltigen Aufwärtsentwicklung geprägt war, wurden in den Folgemonaten vor allem im Export erhebliche Einbußen erkennbar. In der Einfuhr wiesen lediglich die Monate August und September Rückgänge auf, sodass der Warenwert aller eingeführten Güter und Dienstleistungen auf



## Wer ist was? – Erläuterungen der Abkürzungen und Ländergruppen:

### **GATT – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, WTO – Welthandelsorganisation**

Das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) trat am 1. Januar 1948 in Kraft und hatte nach dem Zweiten Weltkrieg, der für die internationalen Handelsbeziehungen einen Tiefpunkt darstellte, die Erhöhung des Lebensstandards, die Verwirklichung der Vollbeschäftigung und des wirtschaftlichen Wachstums in den Mitgliedstaaten, die Förderung der bestmöglichen Ausnutzung der natürlichen Ressourcen sowie der Produktion und die Intensivierung des internationalen Güteraustausches zum Ziel. Die World Trade Organization (WTO) bemüht sich als Nachfolgeorganisation seit dem 1. Januar 1995 mit den derzeit 135 Mitgliedstaaten in meist schwierigen Verhandlungen weiterhin um die Liberalisierung des Welthandels.

### **EU – Europäische Union**

Die Europäischen Gemeinschaften, das heißt die Montanunion 1952, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) 1958, wurden in den fünfziger Jahren geschaffen, um durch den Zusammenschluss europäischer Staaten in wirtschaftlichen und technologischen Bereichen die Grundlagen für eine politische Union Europas zu legen. Hierbei wurden nachhaltige Fortschritte erzielt. Durch die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags in den Mitgliedstaaten entstand 1993 die Europäische Union. Ziele des Staatenbundes sind unter anderem die Weiterentwicklung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes mit europäischer Währung, die Schaffung einer europäischen Staatsbürgerschaft und die Einigung auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Das Subsidiaritätsprinzip soll eine zu weit gehende Entmachtung der derzeit 15 Mitgliedstaaten verhindern.

### **EFTA – European Free Trade Association**

Die Europäische Freihandels-Assoziation trat 1960 in Kraft und umfasste zunächst die Mitgliedstaaten Dänemark (mit Grönland und den Färöer-Inseln), Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Liechtenstein und seit 1970 auch Island. Mit der EG wurden Freihandelsabkommen geschlossen. Im Zuge der EG-Erweiterung verlor die EFTA zusehends an Bedeutung. Heute gehören noch Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz zu dieser Ländergruppe, die als Freihandelszone einzustufen ist. Die Handelsbeziehungen zur EU sind eng.

### **NAFTA – North American Free Trade Association**

Nach dem Handelsabkommen zwischen den USA und Kanada aus dem Jahr 1989 beschlossen 1992 Vertreter der USA, Kanadas und Mexikos die Ausweitung zur NAFTA, der Nordamerikanischen Freihandelsvereinbarung. Seit dem 1. Januar 1994 wer-

den Dienstleistungsaustausch und Warenverkehr zwischen den drei Staaten durch den Abbau von Zollschränken, Quotenregelungen und Einfuhrlicenzen erleichtert.

### **MERCOSUR – Mercado Común del Cono Sur**

Die sogenannten Schwellenländer Argentinien und Brasilien sind die wirtschaftlich stärksten Nationen Lateinamerikas. Sie schlossen bereits 1987 ein Integrationsabkommen und waren auch die Initiatoren des 1991 gegründeten Gemeinsamen Marktes des südlichen Teils Südamerikas, dem noch Paraguay und Uruguay angehören. Die Schaffung des Wirtschaftsbundes stellt den Versuch dar, den Binnenhandel durch den Abbau von Handelsbarrieren zu stärken und damit größere Unabhängigkeit von Nordamerika und Europa zu erlangen.

### **ASEAN – Association of Southeast Asian Nations**

Der Verband Südostasiatischer Staaten wurde 1967 mit dem Ziel gegründet, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit in Südostasien zu fördern. Gründungsmitglieder waren Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand. Dazu gekommen sind Vietnam, Myanmar (Birma), Laos und Brunei. In dieser Region leben ca. 500 Mill. Menschen. Die Zusammenarbeit wird geregelt durch jährliche Treffen und Fachausschüsse. Ziel ist unter anderem die Schaffung einer Freihandelszone.

### **OPEC – Organization of Petroleum Exporting Countries**

Die OPEC wurde 1960 von fünf Förderländern mit dem Ziel gegründet, die Fördermengen von Erdöl abzustimmen und dadurch die Weltmarktpreise zu stabilisieren. Da einzelne der heute 12 Mitgliedstaaten die Förderquote in der Vergangenheit immer wieder überschritten, wurde das Ziel der Angebotsverknappung und damit der Anstieg des Ölpreises in aller Regel nicht erreicht. Im ersten Halbjahr 1999 konnte die OPEC durch eine vereinbarte Verknappung die Rohölpreise erhöhen. Ob dies auch mittelfristig gelingt, hängt im Wesentlichen von der Entwicklung des Verbrauchs ab. Bleibt dieser, was eigentlich nicht prognostiziert wird, hinter den Erwartungen deutlich zurück, gerät die Förderdisziplin im OPEC-Kartell erfahrungsgemäß in Gefahr.

### **GUS – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten**

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ist der Rechtsnachfolger der einstigen Sowjetunion (UdSSR). Sie wurde Ende 1991 von den drei ehemaligen Sowjetrepubliken Weißrussland, Russland und Ukraine gegründet. Mittlerweile sind alle ehemaligen Sowjetrepubliken bis auf die baltischen Staaten Mitglieder der GUS. Vereinbart wurde unter anderem, dass der gemeinsame Wirtschaftsraum erhalten bleibt und Streitkräfte sowie Atomwaffen einem gemeinsamen Kommando unterstellt sind.

# Ausfuhr 1995 - 1998 nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

Ländergruppe Bestimmungsland	1995	1996	1997	1998	Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr		
					1996	1997	1998
	Mill. DM				%		
Europa	29 929	28 236	30 239	31 600	-5,7	7,1	4,5
darunter							
EU-Länder	24 718	22 829	23 447	24 232	-7,7	2,7	3,3
darunter Europäische Währungsunion <sup>1)</sup>	19 411	17 894	18 193	19 014	-7,8	1,7	4,5
EFTA-Länder <sup>2)</sup>	2 055	1 752	1 912	1 885	-14,8	9,1	-1,4
Mittel- und osteuropäische Länder <sup>3)</sup>	2 368	2 605	3 613	4 329	10,0	38,7	19,8
darunter Baltikum <sup>4)</sup>	65	73	136	158	13,0	86,2	16,6
Afrika	945	855	1 072	1 115	-9,6	25,4	4,0
darunter							
Republik Südafrika	380	329	349	352	-13,4	6,0	0,9
Ägypten	107	113	166	202	5,3	47,9	21,5
Amerika	3 761	3 940	4 653	4 897	4,8	18,1	5,2
darunter							
NAFTA-Länder <sup>5)</sup>	2 932	2 962	3 417	3 740	1,0	15,4	9,4
MERCOSUR <sup>6)</sup>	486	651	828	751	33,8	27,3	-9,4
Asien	4 560	5 002	5 552	4 831	9,7	11,0	-13,0
darunter							
ASEAN-Länder <sup>7)</sup>	1 031	1 258	1 326	1 140	22,0	5,4	-14,0
Staatshandelsländer in Asien <sup>8)</sup>	442	453	574	518	2,5	26,7	-9,7
Japan	873	1 008	990	864	15,4	-1,7	-12,8
China	424	427	548	473	0,7	28,4	-13,7
Taiwan	328	389	438	376	18,7	12,6	-14,0
Hongkong	406	400	412	303	-1,5	3,0	-26,4
Saudi-Arabien	166	182	226	281	9,5	24,0	24,1
Südkorea	410	433	403	275	5,6	-6,9	-31,9
Arabische Emirate	156	112	209	230	-28,4	86,7	9,9
Australien und Ozeanien <sup>9)</sup>	329	289	349	401	-12,2	20,5	14,9
darunter							
Australien	266	234	286	352	-11,9	22,2	22,9
Insgesamt <sup>10)</sup>	39 558	38 373	41 880	42 850	-3,0	9,1	2,3
Nachrichtlich: OPEC <sup>11)</sup>	959	948	1 338	1 275	-1,2	41,1	-4,7

1) Frankreich, Belgien / Luxemburg, Niederlande, Italien, Irland, Portugal, Spanien, Finnland, Österreich. – 2) Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz. – 3) Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Ukraine, Weißrussland, Republik Moldau, Russland, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Bundesrepublik Jugoslawien, Mazedonien. – 4) Estland, Lettland, Litauen. – 5) Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko. – 6) Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay. – 7) Myanmar (Birma), Thailand, Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen. – 8) Vietnam, Mongolei, China, Nordkorea. – 9) Australien, Papua-Neuguinea, Australisch-Ozeanien, Nauru, Salomonen, Tuvalu, Neukaledonien und zugehörige Gebiete, Amerikanisch Ozeanien, Wallis und Futuna, Kiribati, Pitcairn, Neuseeländisch-Ozeanien, Fidschi, Vanuatu, Tonga, Westsamoa, Nördliche Marianen, Französisch Polynesien, Föderierte Staaten von Mikronesien, Marshall-Inseln, Palau. – 10) Einschließlich Schiffsbedarf und nicht ermittelte Länder. – 11) Algerien, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

hohem Niveau blieb und darüber hinaus ebenfalls einen neuen Spitzenwert erreichte. Dies verdeutlicht auch ein Vergleich der Vierteljahresergebnisse mit den jeweiligen Zahlen des Vorjahres. Ausfuhrseitig wurde ein insgesamt noch besseres Ergebnis allein durch Einbrüche im vierten Quartal verhindert. Importseitig konnten im dritten und vierten Quartal zwar noch nennenswerte Zunahmen verbucht werden, dennoch wiesen auch die ersten beiden Quartale bereits deutlich höhere Wachstumsraten auf.

Auch die kurzfristige Entwicklung des rheinland-pfälzischen Außenhandels, die bei monatlicher und quartalsweiser Betrachtung sichtbar wird, ist insbesondere ab dem dritten Quartal 1998 vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrisen in Südostasien, Russland und Südamerika sowie rückläufiger Importpreise zu sehen. Hinzu kam die Aufwertung der Deutschen Mark

gegenüber dem US-Dollar in der zweiten Jahreshälfte 1998, die rheinland-pfälzische Produkte auf Dollarbasis verteuerte. Da die Importe 1998 insgesamt stärker ausgeweitet werden konnten als die Exporte, sank der Ausfuhrüberschuss auf 11,1 Mrd. DM gegenüber 13,4 Mrd. DM im Vorjahr.

## Drei Viertel der Ausfuhren gehen nach Europa

Die wichtigsten rheinland-pfälzischen Absatzmärkte liegen in Europa. Insgesamt wurden 1998 Waren im Wert von 31,6 Mrd. DM in andere europäische Länder ausgeführt. Das waren fast drei Viertel (74%) der gesamten Ausfuhren. Verglichen mit dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 4,5%. Im selben Zeitraum erreichten die Einfuhren aus den europäischen Län-

# Einfuhr 1995 - 1998 nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

Ländergruppe Ursprungsland	1995	1996	1997	1998	Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr		
					1996	1997	1998
	Mill. DM				%		
Europa	22 103	21 763	22 281	24 842	-1,5	2,4	11,5
darunter							
EU-Länder	18 568	18 404	18 189	20 229	-0,9	-1,2	11,2
darunter Europäische Währungsunion <sup>1)</sup>	16 107	15 837	15 654	17 503	-1,7	-1,2	11,8
EFTA-Länder <sup>2)</sup>	1 573	1 405	1 368	1 515	-10,7	-2,6	10,8
Mittel- und osteuropäische Länder <sup>3)</sup>	1 616	1 625	2 354	2 692	0,5	44,9	14,3
darunter Baltikum <sup>4)</sup>	21	30	40	48	41,9	31,6	19,4
Afrika	869	274	410	458	-68,5	49,8	11,6
darunter							
Republik Südafrika	60	65	70	136	8,5	8,8	93,7
Ägypten	58	33	68	51	-43,7	108,3	-25,5
Amerika	2 812	2 405	2 551	3 024	-14,5	6,0	18,5
darunter							
NAFTA-Länder <sup>5)</sup>	2 372	1 940	1 965	2 428	-18,2	1,3	23,6
MERCOSUR <sup>6)</sup>	337	364	404	463	7,9	11,0	14,6
Asien	2 905	3 238	3 205	3 394	11,5	-1,0	5,9
darunter							
ASEAN-Länder <sup>7)</sup>	430	556	562	542	29,3	1,1	-3,3
Staatshandelsländer in Asien <sup>8)</sup>	671	785	931	1 032	17,0	18,6	10,8
Japan	1 016	1 191	1 001	1 056	17,2	-15,9	5,5
China	579	675	757	858	16,5	12,1	13,4
Taiwan	179	195	242	275	8,8	24,1	13,4
Hongkong	58	53	58	48	-8,7	9,5	-16,5
Saudi-Arabien	63	2	5	26	-96,7	120,5	455,2
Südkorea	171	178	123	119	4,0	-30,7	-3,0
Arabische Emirate	14	11	11	22	-23,5	4,2	94,3
Australien und Ozeanien <sup>9)</sup>	65	86	67	77	31,8	-21,9	15,0
darunter							
Australien	43	45	42	45	4,5	-5,8	6,9
Insgesamt <sup>10)</sup>	28 753	27 779	28 513	31 794	-3,4	2,6	11,5
Nachrichtlich: OPEC <sup>11)</sup>	707	185	309	245	-73,9	67,4	-20,8

1) Frankreich, Belgien /Luxemburg, Niederlande, Italien, Irland, Portugal, Spanien, Finnland, Österreich. – 2) Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz. – 3) Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Ukraine, Weißrussland, Republik Moldau, Russland, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Bundesrepublik Jugoslawien, Mazedonien. – 4) Estland, Lettland, Litauen. – 5) Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko. – 6) Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay. – 7) Myanmar (Birma), Thailand, Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen. – 8) Vietnam, Mongolei, China, Nordkorea. – 9) Australien, Papua-Neuguinea, Australisch-Ozeanien, Nauru, Salomonen, Tuvalu, Neukaledonien und zugehörige Gebiete, Amerikanisch Ozeanien, Wallis und Futuna, Kiribati, Pitcairn, Neuseeländisch-Ozeanien, Fidschi, Vanuatu, Tonga, Westsamoa, Nördliche Marianen, Französisch Polynesien, Föderierte Staaten von Mikronesien, Marshall-Inseln, Palau. – 10) Einschließlich Schiffsbedarf und nicht ermittelte Länder. – 11) Algerien, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

den einen Wert von 24,8 Mrd. DM, was einer Steigerung um 11,5 % gegenüber 1997 und einem Anteil von 78 % an der gesamten Einfuhr entspricht.

Auf den Außenhandel mit den EU-Staaten entfielen 1998 insgesamt 60 % der rheinland-pfälzischen Umsätze (Deutschland: 55 %). Da sich die Einfuhren aus EU-Ländern (+ 11,2 %; 20,2 Mrd. DM) dynamischer als die Ausfuhren (+ 3,3 %; 24,2 Mrd. DM) entwickelten, sank der Ausfuhrüberschuss im Intrahandel von 5,3 Mrd. DM 1997 auf 4 Mrd. DM 1998.

Mit der endgültigen Festlegung der Teilnehmer an der Europäischen Währungsunion wurde bereits 1998 das Risiko von Wechselkursschwankungen zwischen diesen Ländern zurückgeschraubt. Dadurch hat der Handel innerhalb des Euro-Raumes bereits vor dem endgültigen Inkrafttreten der Währungsunion zum 1. Januar

1999 neue Impulse erhalten. Diese Entwicklung zeigte sich auch im rheinland-pfälzischen Handel mit den Euro-Ländern. Mit 7,9 % Umsatzsteigerung (Ausfuhr: + 4,5 %; Einfuhr: + 11,8 %) wuchs dieser überproportional stark. Demgegenüber legten die Außenhandelsumsätze mit den EU-Ländern außerhalb des Euro-Raumes um nur 2 % (Ausfuhr: - 0,7 %; Einfuhr: + 7,6 %) zu.

Im Handel mit Frankreich, dem mit 10,5 Mrd. DM Umsatz wichtigsten rheinland-pfälzischen Handelspartner, wurden in beide Verkehrsrichtungen wieder nennenswerte Zuwächse erzielt, nachdem 1997 empfindliche Rückgänge stattfanden. Die Exporte wurden um 4,2 % auf 5,8 Mrd. DM ausgeweitet und die Importe erfuhren einen Anstieg um 4,5 % auf 4,7 Mrd. DM. Höhere Zuwächse wurden innerhalb der Europäischen Union auf der Ausfuhrseite nur im Handel mit Irland,

# Außenhandel 1996 - 1998 mit den EU-Ländern

Ländergruppe Ursprungs- und Bestimmungsland	1996	1997	1998	Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	
				1997	1998
	Mill. DM			%	
Ausfuhr					
EU-Länder	22 829	23 447	24 232	2,7	3,3
Europäische Währungsunion	17 894	18 193	19 014	1,7	4,5
Frankreich	6 121	5 564	5 798	-9,1	4,2
Belgien und Luxemburg	2 736	2 789	2 954	1,9	5,9
Niederlande	2 435	2 645	2 656	8,6	0,4
Italien	2 811	2 950	2 981	5,0	1,0
Irland	158	157	194	-0,7	23,3
Portugal	289	304	337	5,1	10,9
Spanien	1 454	1 720	1 874	18,3	8,9
Finnland	313	341	347	9,2	1,6
Österreich	1 577	1 723	1 874	9,3	8,7
Nicht-Währungsunion	4 934	5 252	5 218	6,4	-0,7
Großbritannien und Nordirland	3 347	3 527	3 514	5,4	-0,4
Dänemark	591	714	691	20,7	-3,2
Griechenland	282	325	327	15,3	0,8
Schweden	714	686	685	-4,0	-0,1
Einfuhr					
EU-Länder	18 404	18 189	20 229	-1,2	11,2
Europäische Währungsunion	15 837	15 654	17 503	-1,2	11,8
Frankreich	5 621	4 484	4 685	-20,2	4,5
Belgien und Luxemburg	2 758	3 033	3 903	10,0	28,7
Niederlande	2 626	3 031	3 473	15,4	14,6
Italien	2 091	2 093	2 311	0,1	10,4
Irland	238	243	246	2,0	1,3
Portugal	273	301	324	10,1	7,7
Spanien	1 251	1 380	1 273	10,4	-7,8
Finnland	129	123	140	-4,5	13,8
Österreich	850	966	1 148	13,7	18,8
Nicht-Währungsunion	2 567	2 535	2 726	-1,2	7,6
Großbritannien und Nordirland	1 275	1 352	1 541	6,0	13,9
Dänemark	569	559	576	-1,9	3,1
Griechenland	35	30	31	-14,5	5,8
Schweden	688	594	578	-13,7	-2,7

Portugal, Spanien, Österreich und Belgien-Luxemburg erreicht. Auf der Einfuhrseite wurden indes mit den meisten anderen EU-Partnern höhere Wachstumsraten erzielt. Rheinland-pfälzische Einfuhren aus Spanien und Schweden waren rückläufig.

der Schweiz als auch mit Norwegen gingen die Ausfuhren (- 1 bzw. -3,7 %) zurück und die Einfuhren (+ 9,4 bzw. + 17,2 %) stiegen spürbar.

## Bedeutung der EFTA ist gesunken

Seit dem Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens zur Europäischen Union im Jahr 1995 ist die Bedeutung der EFTA für den rheinland-pfälzischen Außenhandel gesunken. In der aktuellen Abgrenzung entfielen im Jahr 1998 99 % des rheinland-pfälzischen Außenhandels mit den EFTA-Ländern auf die Schweiz und Norwegen. Mit knapp 1,9 Mrd. DM blieben die Ausfuhren 1998 insgesamt um 1,4 % unter dem Vorjahresniveau. Indes expandierten die Einfuhren aus den EFTA-Staaten um 10,8 % auf gut 1,5 Mrd. DM, womit die Ausfuhrüberschüsse reduziert wurden. Mit einem Außenhandelsumsatz von 2,9 Mrd. DM war die Schweiz der wichtigste europäische Partner außerhalb der EU. Damit nimmt sie im rheinland-pfälzischen Export 1998 vor Ungarn Rang 9 und im rheinland-pfälzischen Import vor Spanien Rang 7 ein. Sowohl im Warenverkehr mit

## Zukunftsmärkte in Mittel- und Osteuropa

Im Zusammenhang mit dem Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen in den ehemaligen Staatshandelsländern Mittel- und Osteuropas hat deren Bedeutung als rheinland-pfälzische Handelspartner insgesamt stark zugenommen. Gleichwohl ist der Reformprozess in sehr unterschiedlichem Maße vorangekommen. Hohe Direktinvestitionen westlicher Unternehmen haben in den letzten Jahren vor allem die Exportfähigkeit der näher gelegenen mitteleuropäischen Anrainerstaaten an den EU-Raum erheblich gesteigert. Ungarn, Polen und die Tschechische Republik fassen trotz der krisenhaften Entwicklung in Russland seit August 1998 immer besser Fuß. Russland selbst fällt in der Gruppe der wichtigsten Handelspartner in dieser Region weiter zurück. Vor diesem Hintergrund dürfte auch die Entwicklung im östlichen Europa, vor allem in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (GUS-Staaten), weiter labil

# Außenhandel 1996 - 1998 mit den NAFTA-Ländern

Ländergruppe Ursprungs- und Bestimmungsland	1996	1997	1998	Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	
				1997	1998
	Mill. DM			%	
Ausfuhr					
NAFTA	2 962	3 417	3 740	15,4	9,4
Kanada	197	214	228	8,3	6,8
Mexiko	261	386	412	48,0	6,7
Vereinigte Staaten	2 504	2 817	3 099	12,5	10,0
Einfuhr					
NAFTA	1 940	1 965	2 428	1,3	23,6
Kanada	333	225	325	-32,5	44,9
Mexiko	52	40	25	-23,1	-37,2
Vereinigte Staaten	1 556	1 700	2 078	9,3	22,2

bleiben. Reformen kommen dort nur sehr zögerlich oder gar nicht voran. Viele dieser Volkswirtschaften verharren noch in früheren Strukturen.

Insgesamt wurden 1998 aus Rheinland-Pfalz Waren im Wert von über 4,3 Mrd. DM in die mittel- und osteuropäischen Länder exportiert. Das waren 19,8 % mehr als 1997. Der Wert entspricht einem Anteil von einem Zehntel an der gesamten Ausfuhr und liegt damit schon über dem Anteil der Exporte in die NAFTA-Länder. Die Außenhandelsbeziehungen zu den einzelnen Ländern Mittel- und Osteuropas entwickelten sich 1998 sehr unterschiedlich. Während zum Beispiel die Ausfuhr

nach Ungarn (1,3 Mrd. DM; + 37,5 %), Polen (952,7 Mill. DM; + 22,8 %), in die Tschechische Republik (700,3 Mill. DM; + 24,1 %), in die Slowakei (145,7 Mill. DM; + 28,2 %), nach Rumänien (134,6 Mill. DM; + 23,7 %) und Bulgarien (63 Mill. DM; + 25,5 %) 1998 gegenüber 1997 zweistellige und zudem überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten aufwies, litt überwiegend der Handel mit den GUS-Staaten. Vor allen Dingen aus diesem Grund fielen die Zuwächse insgesamt geringer aus als im Vorjahr. Die Ausfuhren in die baltischen Staaten stiegen um 16,6 % auf 158,3 Mill. DM. Nach Russland wurden Waren und Dienstleistungen im Wert von 596,6 Mill. DM (- 6,3 %) exportiert.

## Außenhandel 1996 - 1998 mit ausgewählten Ländern Lateinamerikas

Ländergruppe Ursprungs- und Bestimmungsland	1996	1997	1998	Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	
				1997	1998
	Mill. DM			%	
Ausfuhr					
Amerika ohne NAFTA	978	1 236	1 157	26,4	-6,4
darunter					
Argentinien	130	182	175	40,1	-3,8
Brasilien	497	615	542	23,8	-11,9
Chile	65	64	95	-1,7	48,5
Kolumbien	50	75	56	49,4	-24,7
Peru	24	36	37	50,9	3,2
Uruguay	17	22	23	31,0	2,2
Venezuela	54	64	70	18,3	8,8
Einfuhr					
Amerika ohne NAFTA	464	586	596	26,3	1,6
darunter					
Argentinien	88	50	35	-43,8	-29,9
Brasilien	265	335	418	26,5	24,7
Chile	27	56	48	104,7	-14,8
Kolumbien	15	23	20	53,9	-12,7
Peru	2	9	6	342,2	-26,8
Uruguay	10	12	10	22,0	-20,6
Venezuela	26	42	13	63,7	-69,2

8,5 % der rheinland-pfälzischen Importe stammen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern. Bei einem Plus von 14,3 % gegenüber 1997 belief sich der Warenwert damit auf 2,7 Mrd. DM. Sehr hohe Zuwächse wurden hier bei den Lieferungen aus Bulgarien (+ 58 %; 56,3 Mill. DM), Ungarn (+ 33,2 %; 970,1 Mill. DM), der Slowakei (+ 33,1 %; 106,1 Mill. DM) und Polen (+ 14,3 %; 439 Mill. DM) erzielt. Die Einfuhren aus dem Baltikum (+ 19,4 %; 47,8 Mill. DM) stiegen überproportional stark an. Russland fällt bei einem Rückgang von 22,2 % in der Rangfolge hinter Polen zurück.

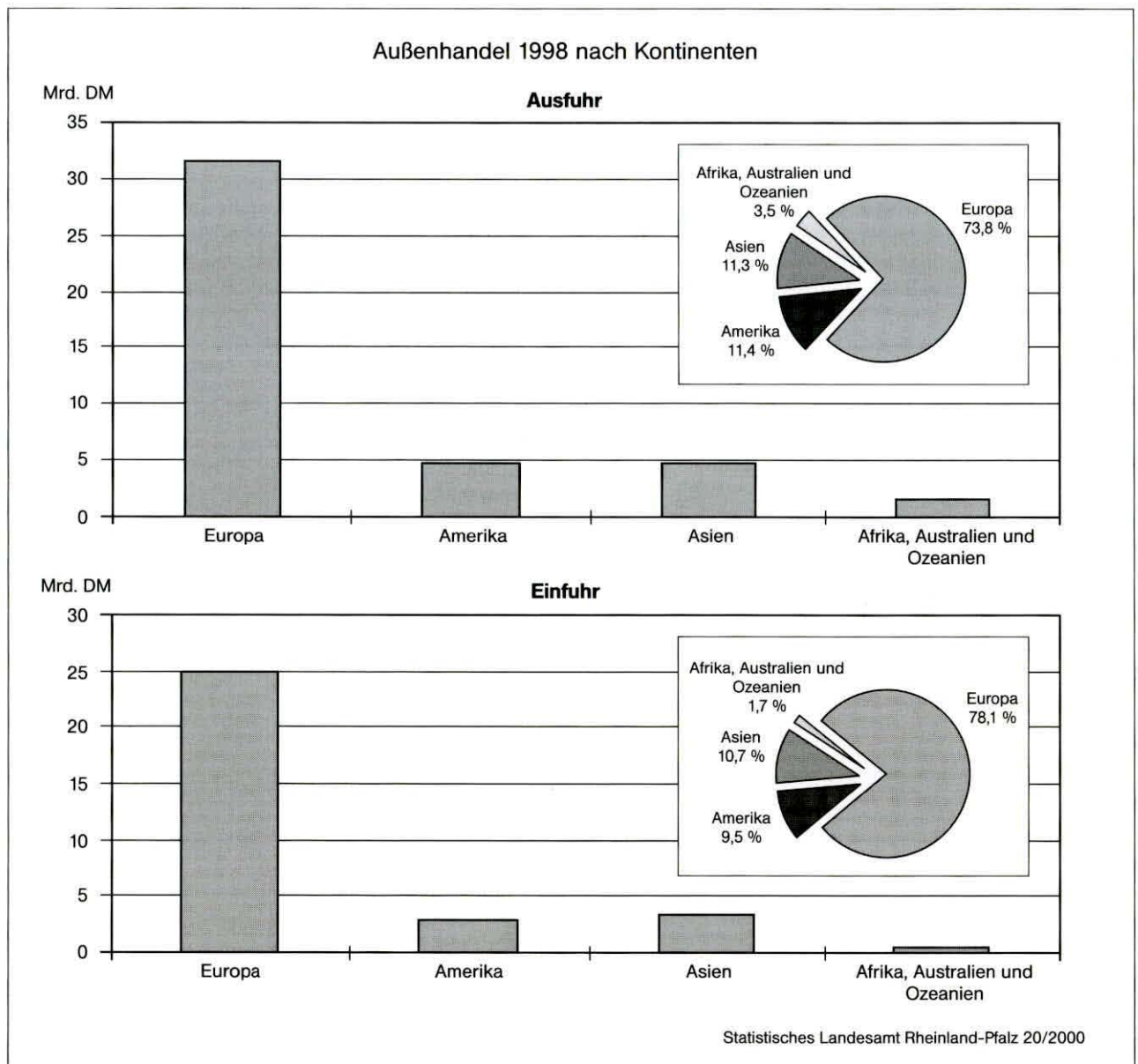
### Nordamerika: Schlüsselregion und stabile Säule

Seit der Gründung der NAFTA zum 1. Januar 1994 haben sich die Handelsverflechtungen Kanadas und Mexikos mit den USA verstärkt. Insofern konnten diese Länder besonders von der nachhaltigen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in den USA profitieren. Mexiko hat seine 1995 durch Währungsturbulenzen

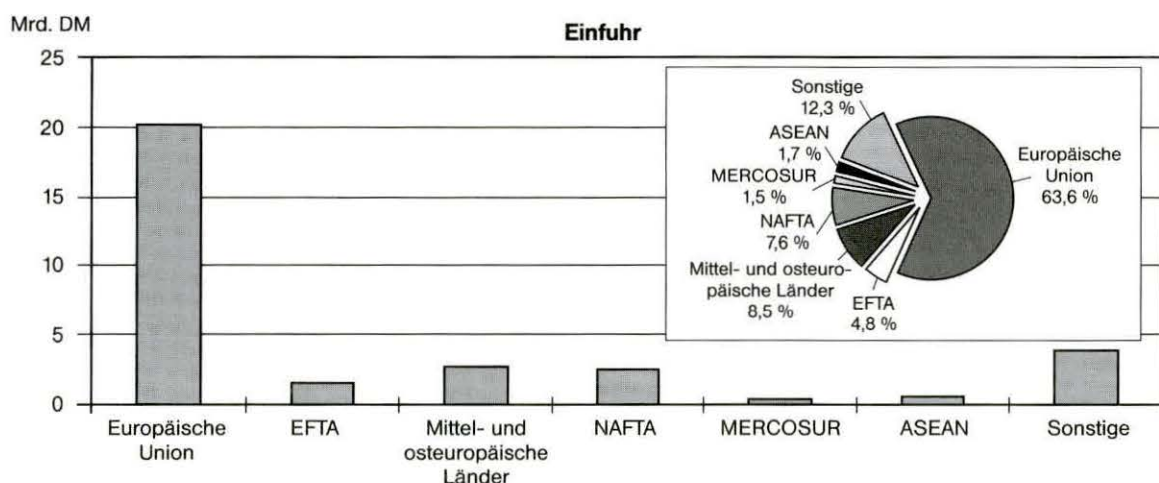
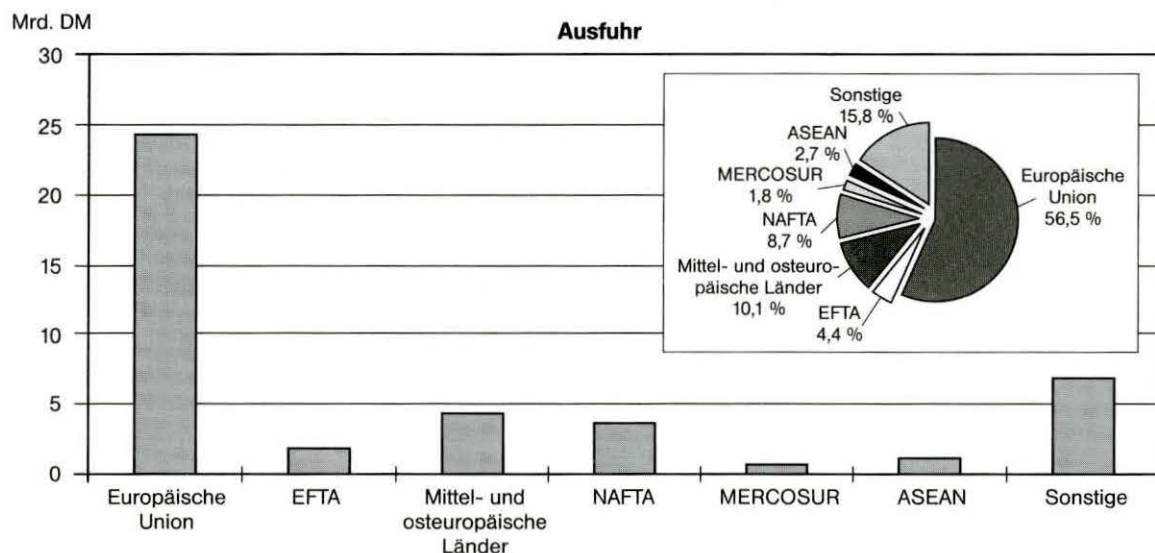
ausgelöste Krise auch auf Grund verbesserter Absatzmöglichkeiten in den USA und Kanada relativ schnell überwunden.

Der rheinland-pfälzische Außenhandel mit der NAFTA entwickelte sich zwischen 1996 und 1998 sowohl auf der Ausfuhr- als auch auf der Einfuhrseite recht dynamisch. Neben dem in dieser Region schnelleren Wirtschaftswachstum ist als wichtige Ursache der seit dem Tiefstand des US-Dollar gegenüber der Deutschen Mark im Jahr 1995 wieder deutlich gefallene Außenwert der Deutschen Mark zu sehen. Der längerfristig zu beobachtende rheinland-pfälzische Ausfuhrüberschuss, 1998 waren dies noch 1,3 Mrd. DM, resultierte in den letzten Jahren lediglich aus den Handelsbeziehungen zu den USA und Mexiko. Im Handel mit Kanada überwiegen hingegen die Einfuhren.

Im Jahr 1998 stiegen die rheinland-pfälzischen Exporte in die Vereinigten Staaten um 10 % auf 3,1 Mrd. DM und die Importe um 22,2 % auf 2,1 Mrd. DM. Hinter



## Außenhandel 1998 nach Ländergruppen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 21/2000

Frankreich und Großbritannien liegen die Vereinigten Staaten damit bei den Exporten an dritter Stelle. Mehr Importe als aus den USA gelangen andererseits nur noch aus Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande und Italien nach Rheinland-Pfalz. Auch die rheinland-pfälzischen Ausfuhren nach Mexiko und Kanada konnten in erheblichem Maße ausgeweitet werden, während die Einfuhren eine uneinheitliche Tendenz aufwiesen.

### Lateinamerika: Brasilien ist die erste Adresse

Im Verlauf des Jahres 1998 hatte sich die wirtschaftliche Lage in Lateinamerika verschlechtert. Die wirtschaftliche Entwicklung, im Wesentlichen von einer rückläufigen Produktion geprägt, wurde durch die stark gesunkenen Rohstoffpreise belastet. Da Brasilien im Zentrum der Rezession stand, wurden die dort erkennbaren Einbußen an Wettbewerbsfähigkeit, hohe staatliche Haushaltsdefizite und inflationäre Tendenzen auch als Brasilienkrise bezeichnet, deren Auswirkungen jedoch weitgehend regional begrenzt blieben.

In Lateinamerika sind Brasilien (Außenhandelsumsatz mit Rheinland-Pfalz 1998: 960 Mill. DM), Argentinien (210 Mill. DM) und Chile (143 Mill. DM) die wichtigsten Außenhandelspartner. Wohl auch in Folge der Rezession sanken die rheinland-pfälzischen Exporte nach Brasilien binnen Jahresfrist um 11,9 % auf 542 Mill. DM und nach Argentinien um 3,8 % auf 175 Mill. DM. Chile nahm bei einem Wert von 95 Mill. DM um 48,5 % mehr Waren auf als noch 1997. Venezuela verdrängte Kolumbien vom vierten Platz.

Lässt man die drei NAFTA-Länder außer Betracht, dann exportierte Rheinland-Pfalz in die anderen amerikanischen Staaten Waren für knapp 1,2 Mrd. DM (– 6,4 % gegenüber 1997). Insgesamt höhere Einfuhren um 1,6 % auf 596 Mill. DM sind allein auf mehr Lieferungen aus Brasilien (+ 24,7 %; 418 Mill. DM) zurückzuführen. Ausfuhren in den MERCOSUR-Wirtschaftsraum, dem neben Argentinien und Brasilien noch Uruguay und Paraguay angehören, sanken sogar um 9,4 % auf 751 Mill. DM. Die Einfuhren aus diesem Staatenverbund

wiesen in den letzten Jahren hingegen eine stetige Aufwärtsentwicklung auf und wuchsen 1998 um 14,6 % auf 463 Mill. DM.

### **Asien: Wichtiger Markt mit Problemen**

Im vergangenen Jahr war im Nachgang zu den Währungs- und Finanzkrisen des Jahres 1997 die gesamtwirtschaftliche Produktion in einer Reihe asiatischer Länder eingebrochen. Die Ursachen werden in Liquiditätsproblemen, einer sehr restriktiven Wirtschaftspolitik und hoher Unsicherheit bezüglich der künftigen Entwicklung gesehen. In Indonesien, Thailand, Malaysia, Südkorea und Hongkong schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt jeweils um mehr als 5 %. Auf den Philippinen und in Singapur konnte das Produktionsniveau in etwa gehalten werden. Lediglich in der Volksrepublik China und in Taiwan wurden weiterhin kräftige Zuwachsraten erreicht, wenngleich die wirtschaftliche Dynamik auch dort spürbar nachgelassen hatte. Hinzu kam die schon seit Jahren rezessive Wirtschaftsentwicklung in Japan. Asien nahm 1998 nur noch 11,3 % (1997: 13,3 %) der rheinland-pfälzischen Exporte auf. Der Anteil Asiens an den rheinland-pfälzischen Importen sank von 11,2 % im Jahr 1997 auf 10,7 % im Jahr 1998.

Aufgrund der dargestellten Probleme unterlag der rheinland-pfälzische Export insbesondere nach Fernost bereits 1997 negativen Einflüssen und kehrte sich 1998 ins Minus. Insgesamt gingen die Ausfuhren nach Asien 1998 um 13 % auf 4,8 Mrd. DM zurück. Im Gegensatz zu den Ausfuhren stiegen die Einfuhren aus Asien um 5,9 % auf 3,4 Mrd. DM. Der daraus errechnete Ausfuhrüberschuss in Höhe von 1,4 Mrd. DM war um 910 Mill. DM niedriger als noch 1997. Maßgebend hierfür war in erster Linie die Entwicklung in Japan und China, den beiden wichtigsten Handelspartnern in Asien. Während die rheinland-pfälzischen Importe aus Japan und China 1998 um 5,5 bzw. 13,4 % zunahmen, verringerte sich der Warenstrom in umgekehrter Richtung um 12,8 und 13,7 %. Im Handel mit China lässt sich ohnehin schon seit mehreren Jahren ein erheblicher Einfuhrüberschuss beobachten.

Im Handel mit den ASEAN-Ländern ist die Ausfuhr wertmäßig mehr als doppelt so hoch wie die Einfuhr. Im Zeitraum von 1995 bis 1998 bewegte sich der Ausfuhrüberschuss in einer Größenordnung zwischen 598 und 764 Mill. DM. Die rheinland-pfälzischen Exporte in die ASEAN-Staaten fielen 1998 gegenüber 1997 um 14 % auf gut 1,1 Mrd. DM. Nach Indonesien, wo zusätzlich zur Wirtschaftskrise noch eine politische Krise hinzukam, gingen die Exporte gar um 30,5 % auf 185,4 Mill. DM zurück. Die Versendungen nach Malaysia (- 43,9 %; 137,7 Mill. DM) und Singapur (- 22,7 %; 294,9 Mill. DM) blieben ebenfalls stark rückläufig. Im Gegensatz dazu nahm Thailand mit 423,2 Mill. DM um 29,9 % mehr rheinland-pfälzische Güter auf. Andererseits sanken die Einfuhren aus dem ASEAN-Raum um 3,3 % auf 542 Mill. DM. Sehr viel stärker gingen die Einfuhren aus Indonesien (- 18,5 %; 134,5 Mill. DM) zurück.

### **Afrika: Geringe Bedeutung, aber Perspektiven am Kap**

Auf den gesamten afrikanischen Kontinent wurden 1998 weniger Waren exportiert als nach Ungarn. Die Importe aus Afrika lagen wertmäßig etwas über den Lieferungen aus Polen. Im Vergleich mit Europa, Amerika und Asien ist der rheinland-pfälzische Handel mit Afrika nach wie vor von geringer Bedeutung. Afrika hatte 1998 einen Anteil von 2,6 % an allen rheinland-pfälzischen Exporten und vereinigte 1,4 % aller Importe auf sich. Die Exporte konnten 1998 um 4 % auf gut 1,1 Mrd. DM erhöht werden, die Importe legten sogar um 11,6 % auf 458 Mill. DM zu. Vor allem die Geschäftsbeziehungen zu Ägypten (202 Mill. DM; + 21,5 %), Libyen (111 Mill. DM; + 7,9 %), Nigeria (104 Mill. DM; + 3,7 %) und zur Republik Südafrika (352 Mill. DM; + 0,9 %) waren bedeutend und zeigten zudem höhere Umsätze als noch im Vorjahr. Damit entfiel fast ein Drittel (31,6 %) aller rheinland-pfälzischen Afrikaausfuhren auf die Republik Südafrika. Von dort gelangten Güter für 136 Mill. DM (+ 93,7 %) nach Rheinland-Pfalz. Alle anderen Länder blieben mit großem Abstand dahinter zurück. Nennenswert sind allenfalls noch die Lieferungen aus Ägypten und Algerien.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

# Erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1999

Anfang Mai 1999 fand wieder eine Landwirtschaftszählung statt, die wie ihre Vorgänger von 1979 und 1991 zusammen mit einer Agrarstrukturhebung durchgeführt wurde. Im Gegensatz zu den Landwirtschaftszählungen hat die Agrarstrukturhebung einen zweijährigen Erhebungsturnus. Der Begriff „Agrarstrukturhebung“ wurde 1998 im Rahmen der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes als neue Bezeichnung für die seit 1975 bestehende Agrarberichterstattung eingeführt und wird im Weiteren auch für die bisherigen Agrarberichterstattungen verwendet.

Um frühzeitig erste Ergebnisse – unter anderem für den jährlich erscheinenden Agrarbericht der Bundesregierung – bereit stellen zu können, wurde aus der Grundgesamtheit der zu befragenden Betriebe eine Stichprobe gezogen. Sie umfasst etwa ein Fünftel der landwirtschaftlichen Betriebe. Die Angaben dieser Stichprobenbetriebe wurden vorab im Wege der freien Hochrechnung zu vorläufigen Landesergebnissen hochgerechnet.

Bereits Mitte Juli wurden vorläufige Ergebnisse über die Viehbestände und die Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe in statistischen Berichten veröffentlicht. Nachdem Ende November 1999 die Aufbereitung der Stichprobenbetriebe weitgehend ihren Abschluss fand, stehen jetzt neben den Angaben zu den Produktionsverhältnissen auch hochgerechnete Ergebnisse über die Struktur und die Arbeitskräfte landwirtschaftlicher Betriebe zur Verfügung.

Ausgewählte Ergebnisse und Entwicklungen werden im vorliegenden Beitrag vorgestellt. Zu Vergleichszwecken werden entsprechende Ergebnisse der Landwirtschaftszählung von 1991 und der Agrarstrukturhebungen von 1995 und 1997 herangezogen.

## Vergleichbarkeit eingeschränkt

Die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1999 sind mit denen der genannten Erhebungen auf Grund methodischer Änderungen nur mit Einschränkungen vergleichbar. Zu den wesentlichsten methodischen Änderungen gehört die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen bei den Strukturhebungen. In die Landwirtschaftszählung waren demnach nur noch Betriebe mit 2 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) bzw. mit 10 ha und mehr Waldfläche einzu beziehen. Betriebe unter 2 ha LF waren nur dann auskunftspflichtig, wenn sie Sonderkulturen (Reben, Gemüse, Obst, Zierpflanzen) auf Flächen von mindestens 30 Ar im Freiland oder 3 Ar unter Glas anbauen oder über mindestens 8 Rinder, 8 Schweine, 20 Schafe oder 200 Stück Geflügel verfügten. Vor 1999 waren Betriebe bereits mit 1 ha und mehr LF bzw. 1 ha und mehr Waldfläche zu befragen. Betriebe unter 1 ha LF waren auskunftspflichtig, wenn sie über Erzeugungseinheiten verfügten, deren durchschnittlicher Wert einer Markterzeugung von einem Hektar entsprach. Dies wurde beispielsweise erreicht, wenn der Betrieb Gemüse auf einer Unterglasfläche von einem Ar erzeugte. Auf Grund der geänderten unteren Erfassungsgrenzen lassen sich nur noch die Ergebnisse für Betriebe mit 2 ha und mehr LF vergleichen.

Des Weiteren wurden die unteren Erfassungsgrenzen und Erhebungstermine zwischen den Struktur- und den Produktionserhebungen angeglichen. Dadurch ist es möglich, die Landwirtschaftszählung nach dem Konzept einer integrierten Erhebung durchzuführen, das heißt, dass auch die Merkmale über die Bodennutzung und Viehbestände zu einem Zeitpunkt und mit einem Erhebungsbogen erfasst wurden.

Weitere Änderungen betreffen den Nachweis der auf den Betrieben arbeitenden und lebenden Menschen. Während bis 1997 Angaben zu allen Arbeitskräften und allen dem Betriebshaushalt angehörenden Personen berücksichtigt wurden, beschränkt sich die Erhebung seit 1999 auf Betriebsinhaber, Ehegatten und sonstige im Betrieb beschäftigte Personen. Damit können keine Aussagen mehr über die familiäre Situation auf den Betrieben gemacht werden. Bereits zur Agrarstrukturhebung 1997 wurde das Verfahren für die sozialökonomische Betriebstypisierung geändert. Für das Testbetriebsnetz der Bundesregierung und die amtliche Agrarstatistik wird jetzt ein einheitliches Verfahren verwendet, sodass die Ergebnisse vergleichbar sind.

## Zahl der Betriebe weiterhin rückläufig

Durch die geänderten unteren Erfassungsgrenzen ist wie bereits erwähnt nur die Zahl der Betriebe mit 2 ha und mehr LF mit der früherer Jahre vergleichbar. Gegenüber 1997 ist ein Rückgang der Zahl der Betriebe dieser Größenordnung von rund 9 % festzustellen. Damit ist die Entwicklung ähnlich der früherer Jahre verlaufen. Auch der Trend zu immer größeren Betrieben hat sich fortgesetzt. Die durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe mit 2 ha und mehr LF stieg von 25 ha auf 27 ha. Dies spiegelt sich auch in der Betriebsgrößenstruktur wieder. Während zwischen 1997 und 1999 die Zahl der Betriebe in den Größenklassen unter 50 ha LF abnahm, blieb sie in der Größenklasse 50 bis 75 ha LF konstant. Sie erhöhte sich dagegen bei den Betrieben über 75 ha LF um etwa 5 %. Diese Betriebe stellten 1999 zwar nur rund 7,5 % aller Betriebe; sie bewirtschafteten aber 38 % der LF.

Die geringe Flächenausstattung vieler Betriebe oder vergleichsweise kleine Viehbestände sind einer der Gründe dafür, dass ein beachtlicher Teil der Betriebe nur im Nebenerwerb geführt wird. Ein Nebenerwerbsbetrieb liegt vor, wenn keine Vollbeschäftigung möglich ist und außerbetriebliche Einkünfte das Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb übersteigen. Die Haupteinkommensquelle ist in den meisten Fällen eine außerbetriebliche Tätigkeit des Betriebsinhabers oder seines Ehegatten. 1999 wurden knapp 60 % der Betriebe, die in der Rechtsform eines Einzelunternehmens geführt werden, im Nebenerwerb bewirtschaftet. Beim Vergleich mit den Ergebnissen der Agrarstrukturhebung 1997 ist ein leichter Rückgang des Anteils der Nebenerwerbsbetriebe festzustellen. Dieser Rückgang ist jedoch ausschließlich auf die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen zurückzuführen, da kleine Ein-

heiten, bei denen es sich normalerweise um Nebenerwerbsbetriebe handelt, nicht mehr auskunftspflichtig waren.

### **Kaum Veränderungen bei den Pachtpreisen**

Das Wachstum eines landwirtschaftlichen Betriebes vollzieht sich in der Regel durch die Zupacht von Flächen aufgebender Betriebe. 1999 waren wie schon 1997 über 60 % der gesamten LF gepachtet. Die gepachteten Flächen gehören überwiegend familienfremden Personen (83 %). Auf Grund des hohen Pachtan-teils leisten viele Betriebe erhebliche Pachtzahlungen, für die sie durch den Verkauf landwirtschaftlicher Pro-dukte entsprechende Einkünfte erzielen müssen. Der Beobachtung der Entwicklung der Pachtpreise kommt von daher große Bedeutung für die strukturelle Entwick-lung der Landwirtschaft zu.

Die Betriebe haben für die von familienfremden Per-sonen gepachteten Einzelgrundstücke im Pachtjahr 1998/99 durchschnittlich rund 350 DM je Hektar bezahlt. Die Pachtpreise für von Familienangehörigen gepachtete Grundstücke werden nicht erhoben, da sich für diese Flächen der Preis oft nicht nach dem Markt-preis richtet, sondern auf Grund anderer Kriterien fest-gelegt wird. Das Niveau der Pachtpreise hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Für das Jahr 1995 betrug er ebenfalls rund 350 DM/ha während für 1997 ein Preis von knapp 340 DM/ha errechnet wurde. Ein wichtiger Bestimmungsfaktor für den Pachtpreis ist die Nutzungsmöglichkeit der Fläche. Die unterschiedlichen Pachtpreise für Ackerland, Dauergrünland und Rebland zeigen dies deutlich. Während für Ackerland (340 DM) und Dauergrünland (170 DM) die Preise etwa seit 1995 konstant blieben, ist bei Rebland (1 700 DM) ein leichter Rückgang feststellbar. Aussagen zum regionalen Ein-fluss auf die Pachtpreise werden nach Abschluss der Aufbereitung der Landwirtschaftszählung möglich sein.

### **Immer weniger Arbeitskräfte**

Die Angaben über die Familienarbeitskräfte und die ständigen familienfremden Arbeitskräfte beziehen sich im Rahmen der Stichprobe auf den Berichtsmonat April. Zu den familienfremden Arbeitskräften zählen sowohl die klassischen familienfremden Arbeitskräfte wie Landarbeiter oder Schlepperfahrer als auch die Gesell-schafter von Betrieben, die in der Rechtsform einer Personengesellschaft (z. B. BGB-Gesellschaft) geführt werden. Hinzukommen noch die wenigen Familienan-gehörigen, die nicht dem Betriebshaushalt angehören, aber im Betrieb tätig sind. Die Anzahl der nicht ständigen Arbeitskräfte wird dagegen seit 1999 auf den Zeitraum eines Jahres bezogen. Bei dieser Gruppe handelt es sich überwiegend um Saisonarbeitskräfte.

Die Betriebe setzten im April 1999 rund 70 400 stän-dig im Betrieb beschäftigte Arbeitskräfte ein. Dazu kamen noch einmal rund 52 100 nicht ständig Beschäf-tigte, die im Zeitraum Mai 1998 bis April 1999 zeitweise beschäftigt waren. Von den ständigen Arbeitskräften gehörten rund 86 % zu der Gruppe der Familienarbeits-kräfte. Die Betriebsinhaber stellten etwa die Hälfte und die Ehegatten der Betriebsinhaber ein weiteres Viertel der gut 60 600 Familienarbeitskräfte.

Die Bewirtschaftung vieler Betriebe im Nebenerwerb dürfte ein Grund dafür sein, dass nur knapp ein Drittel der ständigen Arbeitskräfte vollbeschäftigt war. Der Anteil lag bei den Familienarbeitskräften nur bei 24 %, während er bei den ständigen familienfremden Arbeits-kräften immerhin 64 % betrug. Da die meisten familien-fremden Arbeitskräfte in Haupterwerbsbetrieben arbei-ten und in einem regulären Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen, ist dieser hohe Anteil erklärbar. Um die unterschiedliche Arbeitsleistung der Arbeitskräfte bes-ser beurteilen zu können, erfolgt eine Umrechnung auf Vollbeschäftigteneinheiten (AK-Einheit). Danach wur-den 1999 rund 40 000 AK-Einheiten für die Erledigung der in den Betrieben anfallenden Arbeiten von den betrieblichen Arbeitskräften geleistet. Auf die Familien-arbeitskräfte entfielen knapp zwei Drittel dieser AK-Ein-heiten.

Aus der Betrachtung der Altersstruktur der Betriebs-inhaber lassen sich Aussagen über den Umfang des zukünftigen Strukturwandels gewinnen. Sie können auch für die Planung von Vorruhestandsregelungen verwendet werden. Fast jeder zehnte Betriebsinhaber war älter als 65 Jahre. Ein weiteres Viertel war 55 bis 65 Jahre alt. Ein Großteil dieser Betriebsinhaber dürfte des-halb in den nächsten Jahren aus Altersgründen die Bewirtschaftung des Betriebes abgeben. Unter 45 Jahre waren rund 40 % der Betriebsinhaber.

### **Immer weniger Betriebe haben einen Hofnachfolger**

Ein weiteres Kriterium für die Beurteilung des zukünf-tigen Strukturwandels in der Landwirtschaft ist die Zahl junger Menschen, die bereit sind, einen landwirtschaftli-chen Betrieb fortzuführen. Eine entsprechende Frage-stellung gehörte deshalb 1999 wie auch schon 1991 zum Programm der Landwirtschaftszählung. Sie rich-tete sich nur an Betriebsinhaber, die 45 Jahre und älter waren und den Betrieb in der Rechtsform eines Einzel-unternehmens führten. Die entsprechenden Vorausset-zungen wiesen 1999 rund 60 % der Betriebsinhaber auf.

Gut ein Sechstel der Betriebsinhaber, die 45 Jahre und älter waren, gab an, dass eine Person vorhanden ist, die den Betrieb weiterführen wird. Die Frage wurde dagegen von fast 40 % der Betriebsinhaber verneint. In den restlichen Betrieben war die Hofnachfolge noch ungeklärt. Auch wenn die Vergleichbarkeit zu den Ergebnissen von 1991 nur eingeschränkt möglich ist, kann man davon ausgehen, dass der Anteil von Betrie-ben, die über einen Hofnachfolger verfügen, zurückge-gangen ist. Für diese Entwicklung dürfte eine Vielzahl von Gründen verantwortlich sein. So ist die Arbeitsbe-lastung in einem landwirtschaftlichen Betrieb deutlich höher als bei einer außerbetrieblichen Beschäftigung. In viehhaltenden Betrieben kommt hinzu, dass die Tiere auch am Wochenende versorgt werden müssen. Ferner hat sich in den letzten Jahren der Anteil am Einkommen der Betriebe, der sich durch den Verkauf landwirtschaft-licher Produkte erzielen lässt, deutlich verringert. Ein beachtlicher Teil des Einkommens entfällt mittlerweile auf staatliche Ausgleichsleistungen, bei denen man befürchtet, dass sie sich nicht auf Dauer aufrecht erhal-ten lassen.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Oktober	Juli	August	September	Oktober
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 010	4 020	4 020	4 022	4 025	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	1 876	1 814	2 845	1 997	1 656	2 617 <sup>P</sup>	2 610 <sup>P</sup>	3 435 <sup>P</sup>	1 609 <sup>P</sup>
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,6	5,4	8,3	6,0	4,8	7,7 <sup>P</sup>	7,6 <sup>P</sup>	10,4 <sup>P</sup>	4,7 <sup>P</sup>
Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	3 473	3 303	3 536	3 628	3 214	...	...	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,4	9,9	10,4	11,0	9,4	...	...	...	...
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 601	3 559	3 442	3 302	3 435	...	...	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,6	10,1	10,0	10,1	...	...	...	...
Im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>3)</sup>	Anzahl	18	14	14	16	9	...	...	...	...
je 1000 Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	5,2	4,3	4,0	4,6	2,6	...	...	...	...
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 128	- 256	94	326	- 221	...	...	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,4	- 0,8	0,3	1,0	- 0,6	...	...	...	...
<b>Wanderungen</b> über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 948	8 967	10 753	10 505	11 230	10 502	...	...	...
Fortgezogene	Anzahl	7 381	8 116	9 893	8 260	8 219	9 214	...	...	...
Wanderungssaldo	Anzahl	1 567	851	860	2 245	3 011	1 288	...	...	...
Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>5)</sup>	Anzahl	13 861	13 867	15 836	14 805	14 871	15 003	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
Arbeitslose	Anzahl	163 768	156 654	151 850	146 059	144 030	146 535	143 864	141 306	140 180
Männer	Anzahl	94 978	88 177	82 091	78 960	77 911	78 441	76 502	75 077	74 555
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	10 360	9 021	.	6 942	.	.	.	5 921	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	50 739	46 932	.	42 300	.	.	.	40 217	.
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	%	9,2	8,8	8,5	8,1	8,0	8,0	7,9	7,7	7,7
Arbeitslosenquote <sup>7)</sup>	%	10,3	9,7	9,4	9,0	8,9	8,9	8,8	8,6	8,5
Offene Stellen	Anzahl	24 137	27 279	32 441	27 946	20 296	34 117	35 207	31 438	23 013
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	700	799	.	904	.	.	.	1 060	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 800	5 719	.	6 260	.	.	.	7 188	.
Kurzarbeiter	Anzahl	7 114	4 316	2 176	3 028	3 124	3 809	3 563	4 490	4 147
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Schlachtmengen <sup>8)</sup></b>	t	12 943	12 389	11 556	12 359	12 979	11 537	12 290	12 636	13 069
Rinder	t	3 348	3 196	2 506	3 149	3 616	2 483	2 784	3 143	3 454
Kälber	t	33	28	19	25	31	16	23	22	29
Schweine	t	9 453	9 045	8 933	9 070	9 216	8 939	9 381	9 352	9 460
<b>Milch</b>										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 957	62 394	64 335	60 681	60 965	67 737	64 565	60 543	60 918
<b>Eier</b>										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3000 Haltungsplätzen	1 000	15 626	15 581	15 096	15 493	15 798	14 152	15 109	14 061	13 866
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>9)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	2 324	2 276	2 285	2 286	2 282	2 279	2 283	2 291	2 294
Beschäftigte	1000	312	312	314	315	314	309	309	309	308
Arbeiter <sup>10)</sup>	1000	201	200	202	202	202	199	199	198	197
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 567	26 611	24 519	27 660	27 946	24 761	25 293	27 184	26 781
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 680	1 711	1 602	1 623	1 623	1 636	1 631	1 610	1 613
Löhne	Mill. DM	901	913	877	882	891	882	884	867	876
Gehälter	Mill. DM	779	798	725	741	731	755	747	743	737
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 287	9 480	8 588	9 623	9 734	9 345	9 073	10 233	9 841
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 883	3 876	3 475	3 768	3 849	3 883	3 588	4 130	4 046
Exportquote <sup>11)</sup>	%	41,8	40,9	40,5	39,2	39,5	41,6	39,5	40,4	41,1

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Kohleverbrauch <sup>1)</sup>	1 000 GJ	6 673	4 311	.	3 581	.	.	.	1 995	.
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) <sup>1)2)</sup>	Mill. kWh	8 680	9 686	.	9 144	.	.	.	9 492	.
Heizölverbrauch <sup>1)</sup>	1 000 t	71	65	.	54	.	.	.	55	.
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	37	33	.	25	.	.	.	24	.
schweres Heizöl	1 000 t	34	32	.	29	.	.	.	30	.
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 153	1 146	1 124	1 125	1 154	1 156	1 180	1 203	1 193
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	209	165	129	128	167	144	129	136	159
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
<b>Elektrizitätsversorgung</b>										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	410	564	506	648	632	429	496	412	...
Eigenverbrauch	Mill. kWh	24	24	23	27	24	23	22	19	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	386	540	483	621	608	405	474	394	...
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	73	81	27	59	72	41	36	34	...
Wind- und Solarenergie	Mill. kWh	0,12	0,18	0,13	0,21	0,26	0,20	0,20	0,20	...
Wärmekraft	Mill. kWh	313	459	456	562	535	364	438	359	...
Steinkohle	Mill. kWh	80	82	45	89	96	47	45	68	...
Erdgas	Mill. kWh	217	366	405	465	426	307	382	284	...
Heizöl	Mill. kWh	5,88	0,61	0,05	0,05	1,63	0,08	0,06	0,13	...
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	10	10	6	7	10	10	11	6	...
Stromeinspeisung	Mill. kWh	12	24	16	22	28	24	26	25	...
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	7	17	13	16	21	20	21	19	...
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 169	3 222	2 876	2 812	3 149	2 875	2 739	2 708	...
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 483	1 648	1 433	1 410	1 584	1 347	1 231	1 088	...
Stromabgabe an das öffentl. Netz <sup>3)</sup>	Mill. kWh	2 085	2 137	1 941	2 045	2 199	1 958	2 007	2 039	...
<b>Gasversorgung</b>										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,35	0,49	0,00	0,27	0,22	0,25	0,13	0,08	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 412	5 625	4 042	4 317	5 405	3 947	4 217	4 035	...
Verfügbare Gasmenge <sup>4)</sup>	Mill. kWh	5 369	5 617	4 001	4 291	5 344	3 909	4 167	3 984	...
<b>Handwerk <sup>5)</sup></b>										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	100	100	.	100	.	.	.	97	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	97	100	.	100	.	.	.	107	.
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>6)</sup></b>										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 644	48 170	49 601	49 234	48 970	48 309	48 819	48 716	48 613
Facharbeiter	Anzahl	25 556	24 837	25 521	25 082	24 889	25 595	25 789	25 650	25 578
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 474	8 962	9 394	9 478	9 420	8 761	8 888	8 819	8 787
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 754	4 887	4 940	5 643	5 600	4 923	5 339	5 680	5 531
Hochbau insgesamt	1 000	3 038	3 163	3 152	3 577	3 560	3 095	3 276	3 476	3 425
Wohnungsbau	1 000	1 967	2 188	2 209	2 547	2 513	2 035	2 174	2 288	2 234
gewerblicher Hochbau	1 000	798	741	716	787	792	820	823	859	878
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	730	701	618	787	768	765	762	823	837
Bahn und Post	1 000	44	27	80	16	9	33	32	18	18
landwirtschaftlicher Bau	1 000	24	14	18	15	15	22	29	18	23
öffentlicher Hochbau	1 000	274	234	227	243	255	240	279	329	313
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	66	49	54	48	51	52	72	89	92
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	208	185	173	195	204	188	207	240	221
Tiefbau insgesamt	1 000	1 716	1 725	1 788	2 066	2 040	1 828	2 063	2 204	2 106
gewerblicher Tiefbau	1 000	448	467	445	535	580	471	512	562	551
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	361	372	361	434	465	339	341	418	401
Bahn und Post	1 000	88	95	84	101	115	132	171	144	150
öffentlicher Tiefbau	1 000	565	589	603	679	633	598	687	746	695
Straßenbau	1 000	703	669	740	852	827	759	864	896	860
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	196	202	199	198	210	209	208	203
Löhne	Mill. DM	154	151	157	155	154	162	162	162	156
Gehälter	Mill. DM	46	46	45	44	44	47	46	46	46
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	676	708	746	770	835	763	740	833	824

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m<sup>3</sup> = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. – 4) Einschließlich Messdifferenzen. – 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 009	1 048	1 022	1 012	1 039	1 275	1 111	1 098	1 049
mit 1 Wohnung	Anzahl	704	762	753	745	769	982	849	854	782
mit 2 Wohnungen	Anzahl	195	197	198	188	189	196	178	176	196
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	110	89	71	79	81	97	84	68	71
Umbauter Raum	1000 m <sup>3</sup>	1 117	1 135	1 070	1 159	1 113	1 347	1 205	1 093	1 070
Wohnfläche	1000 m <sup>2</sup>	197	199	189	200	199	243	220	194	194
Wohnräume	Anzahl	9 044	8 835	8 386	8 846	8 932	10 691	9 552	8 338	8 479
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	482	487	465	500	487	589	532	481	461
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	3	1	5	7	12	3	2	4
Unternehmen	Anzahl	146	159	106	176	219	230	197	129	202
Private Haushalte	Anzahl	860	885	915	831	813	1 033	911	967	843
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	184	200	247	211	216	242	268	209	227
Umbauter Raum	1000 m <sup>3</sup>	881	919	1 328	841	1 033	1 328	1 212	1 093	1 550
Nutzfläche	1000 m <sup>2</sup>	143	157	200	141	158	217	197	163	222
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	192	190	208	163	189	276	248	208	207
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	20	22	25	20	28	44	18	22
Unternehmen	Anzahl	155	170	218	175	185	209	214	181	193
Private Haushalte	Anzahl	11	9	7	11	11	5	10	10	12
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 128	1 964	1 853	2 071	2 022	2 431	2 206	1 706	1 797
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 490	3 571	2 694	3 659	3 528	3 549	3 297	3 596	...
EU-Länder	Mill. DM	1 954	2 019	1 324	2 163	2 011	1 932	1 655	1 997	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	232	246	158	271	243	210	259	228	...
Dänemark	Mill. DM	59	58	41	69	53	44	55	58	...
Finnland	Mill. DM	28	29	17	38	25	21	23	27	...
Frankreich	Mill. DM	464	483	321	502	505	488	421	477	...
Griechenland	Mill. DM	27	27	25	23	22	27	24	22	...
Großbritannien	Mill. DM	294	293	176	327	301	287	321	289	...
Irland	Mill. DM	13	16	10	19	17	17	14	13	...
Italien	Mill. DM	246	248	131	275	244	248	208	286	...
Niederlande	Mill. DM	220	221	153	225	200	199	213	191	...
Österreich	Mill. DM	144	156	138	150	141	127	133	127	...
Schweden	Mill. DM	57	57	31	64	58	56	65	66	...
Spanien	Mill. DM	143	156	97	170	168	176	154	172	...
Portugal	Mill. DM	25	28	25	29	33	32	25	41	...
USA und Kanada	Mill. DM	253	277	221	292	243	307	258	287	...
Japan	Mill. DM	83	72	76	74	84	90	65	97	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	529	482	417	462	471	458	425	491	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	301	361	335	332	343	388	314	355	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 376	2 650	2 254	2 184	2 577	2 410	2 397	2 319	...
EU-Länder	Mill. DM	1 516	1 686	1 317	1 236	1 580	1 360	1 227	1 322	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	253	325	298	266	276	195	218	201	...
Dänemark	Mill. DM	47	48	50	38	58	49	41	52	...
Finnland	Mill. DM	10	12	8	11	8	24	12	8	...
Frankreich	Mill. DM	374	390	290	274	355	380	350	358	...
Griechenland	Mill. DM	2	3	2	1	4	2	3	11	...
Großbritannien	Mill. DM	113	128	82	111	113	82	114	111	...
Irland	Mill. DM	20	21	13	10	16	21	24	12	...
Italien	Mill. DM	174	193	164	134	181	174	164	158	...
Niederlande	Mill. DM	253	289	186	197	319	217	302	220	...
Österreich	Mill. DM	81	96	76	73	112	65	99	94	...
Schweden	Mill. DM	49	48	38	40	27	29	16	22	...
Spanien	Mill. DM	115	106	84	65	92	109	70	65	...
Portugal	Mill. DM	25	27	25	16	20	13	31	9	...
USA und Kanada	Mill. DM	160	200	186	181	198	198	226	175	...
Japan	Mill. DM	83	88	89	85	101	87	75	67	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	187	201	208	176	186	167	180	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	196	224	225	238	250	270	245	294	...

## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
<b>Einzelhandel <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	98,4	95,2	95,4	95,3	95,1	90,2	90,0	91,5	91,9
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	104,1	105,9	106,3	106,0	106,0	98,9	97,5	99,8	100,9
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,5	98,6	90,7	94,8	100,4	97,9	90,4	92,8	99,1
<b>Großhandel <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	97,7	99,0	99,5	99,7	99,8	96,6	97,0	97,2	98,6
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	103,9	104,4	96,3	112,8	112,9	107,7	105,6	119,5	118,3
<b>Gastgewerbe <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	93,5	95,8	95,1	93,1	89,7	91,0	90,5	88,8
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	97,5	101,3	103,3	102,7	101,8	89,8	90,8	89,8	88,7
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,1	97,7	110,5	109,9	107,5	106,8	113,1	115,5	110,3
<b>Tourismus</b>										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	507	536	720	812	794	643	786	868	880
Ausländer	1000	101	107	174	144	129	173	183	151	142
Übernachtungen	1000	1 626	1 671	2 506	2 534	2 441	2 487	2 517	2 572	2 650
Ausländer	1000	308	314	598	411	360	624	596	418	397
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterempfang	1000 t	1 364	1 343	1 314	1 391	1 311	1 331	1 286	...	...
Güterversand	1000 t	803	703	680	710	721	837	809	...	...
<b>Straßenverkehr</b>										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 873	16 350	13 458	15 174	15 621	21 271	17 768	19 589	17 267
Krafträder	Anzahl	1 512	1 339	1 190	747	336	1 525	1 177	879	394
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 235	13 728	11 240	13 110	14 054	18 438	15 477	17 263	15 625
Lastkraftwagen	Anzahl	799	903	790	1 022	910	832	812	1 122	945
Zugmaschinen	Anzahl	192	232	135	191	196	262	192	191	175
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	9 495	9 602	9 021	10 118	10 527	10 018	10 649	10 711	10 913 <sup>P</sup>
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 488	1 493	1 669	1 691	1 578	1 783	1 950	1 912	1 597 <sup>P</sup>
Verunglückte Personen	Anzahl	8 007	8 110	7 352	8 427	8 909	8 235	8 699	8 799	9 316 <sup>P</sup>
Getötete	Anzahl	2 025	2 016	2 263	2 314	2 151	2 446	2 585	2 605	2 152 <sup>P</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	32	32	45	32	36	35	43	45	37 <sup>P</sup>
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	19	19	32	21	22	16	27	29	23 <sup>P</sup>
Radfahrer	Anzahl	6	6	6	8	6	13	10	11	7 <sup>P</sup>
Fußgänger	Anzahl	2	2	3	1	5	4	3	-	3 <sup>P</sup>
Schwerverletzte	Anzahl	4	4	1	1	2	2	1	1	3 <sup>P</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	490	467	589	481	480	633	638	557	465 <sup>P</sup>
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	266	258	286	237	303	289	291	242	...
Radfahrer	Anzahl	97	96	164	111	75	183	187	160	...
Fußgänger	Anzahl	56	47	93	58	40	102	92	73	...
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
Konkurse <sup>3)</sup>	Anzahl	104	117	88	95	100	89	103	106	82
Angemeldete Forderungen	1000 DM	75 825	101 682	61 291	46 567	106 796	56 554	98 073	57 451	49 868
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober		Juli	August	September	Oktober
<b>Kredite und Einlagen</b> <sup>1) 2)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	191 872	-
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	25 954	-
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	20 169	-
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	145 749	-
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	183 278	-
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	163 599	-
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	19 679	-
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	8 594	-
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	142 360	-
Sichteinlagen	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	28 994	-
Termineinlagen	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	39 719	-
Sparbriefe	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	10 820	-
Spareinlagen	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	62 827	-
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	137 572	-
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	132 978	-
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	4 594	-
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	4 788	-
<b>Steuern</b> <sup>3)</sup>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 344	3 642	3 969	3 918	3 051	3 330	4 083	4 056	3 350
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 359	1 439	1 607	1 797	787	958	1 686	1 788	892
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 133	1 460	819	842	1 050	1 596	884	900
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	179	188	546	-	-	-	604	-	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	20	23	- 41	451	- 85	- 159	- 95	487	- 59
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	57	117	51	31	35	73	26	31	56
Zinsabschlag	Mill. DM	41	46	76	12	15	13	70	11	15
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	59	22	62	-	-	-	59	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	153	120	63	485	- 21	- 19	90	375	- 21
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	12	8	72	-	-	-	101	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 986	2 203	2 362	2 121	2 264	2 372	2 397	2 268	2 458
Umsatzsteuer	Mill. DM	684	707	763	698	701	771	812	735	798
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 302	1 496	1 599	1 424	1 563	1 601	1 586	1 533	1 660
Zölle	Mill. DM	218	200	204	204	229	189	193	197	196
Bundessteuern	Mill. DM	250	230	205	264	196	220	197	245	213
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	153	152	146	159	146	160	139	137	157
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	87	66	47	94	40	49	47	97	46
Landessteuern	Mill. DM	111	128	119	120	108	134	121	146	113
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	4	5	4	6	6	6	5
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	65	68	58	50	56	66	58	55	52
Biersteuer	Mill. DM	7	7	8	8	7	8	8	8	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	Mill. DM	782	787	-	827	-	-	-	710	-
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	-	11	-	-	-	11	-
Grundsteuer B	Mill. DM	154	161	-	179	-	-	-	186	-
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	536	532	-	547	-	-	-	430	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	63	66	-	70	-	-	-	68	-
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften <sup>2)</sup></b>										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 899	1 974	2 111	2 044	1 762	1 885	2 161	2 208	1 886
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	630	693	803	336	412	726	791	382
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 046	1 103	1 212	977	1 204	1 225	1 237	1 171	1 269
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 067	1 113	1 156	1 187	866	916	1 185	1 226	893
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	537	565	606	733	283	274	625	704	292
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391	387	426	332	383	412	436	374	414
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 134	1 180	-	1 158	-	-	-	1 076	-
Gewerbesteuer (netto) <sup>3)</sup>	Mill. DM	432	406	-	421	-	-	-	310	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	457	471	-	400	-	-	-	433	-
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	-	48	-	56	-	-	-	53	-
<b>Preise</b>										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	103,2	104,1	104,5	104,2	104,0	105,3	105,3	105,0	104,9
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	102,6	102,1	101,6	101,8	100,8	100,2	99,9
<b>Löhne und Gehälter</b>										
<b>Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe</b>										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 387	4 483	-	-	4 531	4 595	-	-	...
Arbeiter	DM	4 545	4 637	-	-	4 684	4 743	-	-	...
Arbeiterinnen	DM	3 210	3 320	-	-	3 365	3 423	-	-	...
Bruttostundenverdienste	DM	26,39	26,90	-	-	27,08	27,54	-	-	...
Arbeiter	DM	27,21	27,72	-	-	27,88	28,33	-	-	...
Facharbeiter	DM	29,01	29,67	-	-	29,91	30,46	-	-	...
Angelernte Arbeiter	DM	25,99	26,43	-	-	26,56	26,97	-	-	...
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,99	-	-	22,98	23,09	-	-	...
Arbeiterinnen	DM	20,06	20,52	-	-	20,73	21,10	-	-	...
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,34	19,73	-	-	19,89	20,11	-	-	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,3	-	-	38,5	38,4	-	-	...
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	-	-	38,7	38,5	-	-	...
Arbeiterinnen	Std.	36,8	37,2	-	-	37,4	37,3	-	-	...
<b>Angestellte</b>										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 221	6 356	-	-	6 411	6 522	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	5 669	5 794	-	-	5 835	5 927	-	-	...
Männer	DM	6 601	6 701	-	-	6 726	6 850	-	-	...
Frauen	DM	4 624	4 753	-	-	4 811	4 868	-	-	...
Technische Angestellte	DM	6 645	6 789	-	-	6 845	6 995	-	-	...
Männer	DM	6 787	6 930	-	-	6 985	7 136	-	-	...
Frauen	DM	5 186	5 371	-	-	5 453	5 601	-	-	...
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 511	4 585	-	-	4 609	4 709	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	4 491	4 561	-	-	4 581	4 696	-	-	...
Männer	DM	5 147	5 210	-	-	5 223	5 297	-	-	...
Frauen	DM	3 874	3 933	-	-	3 956	4 102	-	-	...

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 051	82 029	82 016	82 013	82 030	...	...	...	...
Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	35 231	34 715 <sup>p</sup>	50 251 <sup>p</sup>	52 941 <sup>p</sup>	42 927 <sup>p</sup>	42 267 <sup>p</sup>	47 313 <sup>p</sup>	...	...
Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	67 681	65 188 <sup>p</sup>	70 115 <sup>p</sup>	68 698 <sup>p</sup>	71 160 <sup>p</sup>	66 386 <sup>p</sup>	68 604 <sup>p</sup>	...	...
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 699	70 910 <sup>p</sup>	67 975 <sup>p</sup>	65 949 <sup>p</sup>	66 805 <sup>p</sup>	65 359 <sup>p</sup>	64 950 <sup>p</sup>	...	...
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 4 018	- 5 722 <sup>p</sup>	2 140 <sup>p</sup>	2 749 <sup>p</sup>	4 355 <sup>p</sup>	1 027 <sup>p</sup>	3 654 <sup>p</sup>	...	...
Arbeitslose	1 000	4 384	4 279	4 134	4 095	3 965	3 938	4 027	4 024	3 943
Männer	1 000	2 342	2 273	2 153	2 115	2 047	2 050	2 073	2 057	2 013
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	%	11,4	11,1	10,7	10,6	10,3	10,1	10,3	10,3	10,1
Arbeitslosenquote <sup>5)</sup>	%	12,7	12,3	11,9	11,8	11,4	11,2	11,5	11,4	11,2
Offene Stellen	1 000	337	422	467	466	432	491	482	479	458
Kurzarbeiter	1 000	183	118	83	65	77	131	107	88	86
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>6)</sup></b>										
Beschäftigte	1 000	6 416	6 405	6 435	6 464	6 474	6 343	6 373	6 397	6 406
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	533	537	555	483	559	539	522	491	544
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	183 374	189 235	195 309	169 024	203 696	204 365	192 091	179 817	215 005
Auslandsumsatz	Mill. DM	58 117	62 764	64 297	54 679	67 797	71 271	64 839	59 115	74 144
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	104,1	109,3	113,1	96,1	116,9	115,2	107,3 <sup>f</sup>	99,7 <sup>f</sup>	115,7
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	104,9	109,5	114,1	100,3	116,3	114,4	109,2 <sup>f</sup>	102,9 <sup>f</sup>	115,8
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	105,2	113,9	118,8	95,9	123,2	123,0	109,1	98,1 <sup>f</sup>	121,6
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,7	108,9	107,6	78,8	122,4	117,0	102,5	91,3	116,6
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,8	101,0	103,3	93,7	105,5	102,9	100,7	97,6 <sup>f</sup>	104,6
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 564	41 084	37 834	37 770	39 092	36 976	37 458	36 948	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 143	31 403	28 728	27 181	26 844	28 209	27 946	27 596	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>7)</sup></b>										
Beschäftigte	1 000	1 221	1 156	1 177	1 183	1 186	1 101	1 105	1 112	1 110
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	116	138	118	139	129	124	116	130
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	17 530	16 741	19 264	17 343	18 895	18 457	18 926	17 882	19 443
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	18 433	19 364	20 989	21 187	20 233	22 391	22 747	21 150	19 988
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 223	17 594	19 244	19 386	18 527	20 784	21 102	19 781	18 500
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	3 639	3 521	3 691	3 701	3 608	3 841	3 949	3 568	3 458
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 355	3 622	4 179	4 149	3 798	4 122	3 844	3 837	3 659
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	44 110	39 809	40 975	41 550	40 574	40 509	40 668	36 874	36 913
<b>Handel und Gastgewerbe <sup>8)</sup></b>										
Einzelhandel										
Umsatz <sup>9)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,1	102,6	105,0	93,4	99,3	101,9	104,5	95,4	98,5
Großhandel										
Umsatz <sup>9)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,2	102,6	104,1	95,3	107,6	106,0	101,6	98,8	111,9
Gastgewerbe										
Umsatz <sup>9)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,9	95,1	101,1	104,5	104,1	98,2	101,8	103,8	105,6

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

## Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Juni	Jul	August	September	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	74 051	79 597	84 948	65 957	76 634	86 567	86 445	74 882	83 080
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	41 129	44 983	46 788	36 013	42 514	49 870	46 293	42 919	47 195
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 306	4 524	4 572	3 865	4 591	4 996	4 006	4 576	4 696
Frankreich	Mill. DM	7 868	8 825	9 131	6 309	8 376	10 597	9 581	8 213	9 466
Großbritannien	Mill. DM	6 247	6 780	7 625	6 069	6 175	6 809	7 217	6 864	7 285
Italien	Mill. DM	5 421	5 878	6 151	3 833	5 636	6 673	6 246	4 815	6 034
Niederlande	Mill. DM	5 255	5 576	5 741	4 968	4 995	5 645	5 406	5 295	5 105
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	64 346	69 017	70 756	57 476	65 195	72 887	71 706	68 549	71 893
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	35 369	37 670	38 606	30 582	33 211	40 068	38 104	37 157	36 450
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 952	3 870	3 661	3 506	3 846	4 079	3 270	3 912	3 738
Frankreich	Mill. DM	6 758	7 410	7 864	5 728	6 964	7 908	7 598	6 924	6 888
Großbritannien	Mill. DM	4 528	4 724	4 866	3 739	3 851	5 171	5 327	4 563	5 656
Italien	Mill. DM	5 090	5 376	6 093	4 224	4 515	5 656	5 486	5 327	4 858
Niederlande	Mill. DM	5 628	5 785	5 439	5 413	4 826	6 116	5 418	5 903	5 440
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	46 952	50 061	44 435	42 117	61 899	66 139	47 737	45 015	65 350
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 150	28 353	21 830	19 848	41 415	45 169	23 466	20 899	43 663
Lohnsteuer	Mill. DM	20 723	21 523	23 226	20 936	18 849	21 317	23 096	21 018	19 200
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	480	926	- 4 018	- 2 469	10 003	8 633	- 2 954	- 2 026	10 975
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 075	20 851	20 722	21 591	20 477	20 967	22 346	23 322	21 666
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 661	16 974	16 654	17 590	16 769	16 869	17 993	19 016	17 559
Zölle	Mill. DM	575	540	514	576	527	488	564	536	542
Bundessteuern	Mill. DM	11 272	10 876	10 720	9 797	11 088	12 947	11 164	12 006	11 870
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 177	1 163	698	1 645	627	721	671	1 671	619
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 935	7 996	8 506	6 953	8 197	9 463	9 034	8 978	8 732
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>1)</sup>	1991 = 100	107,5	103,6	103,3	102,3	101,0	102,9	103,2	103,7	103,4
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>1)</sup>	1991 = 100	92,5	87,1	88,2	86,7	85,8	85,4	84,4	84,0	84,1 <sup>p</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>1)</sup>	1995 = 100	99,9	99,5	99,7	99,5	99,4	98,4	98,7	98,8	98,9
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	99,0	98,7	-	98,9	-	-	-	98,4	-
Bauleistungen am Bauwerk <sup>2)</sup>	1995 = 100	99,1	98,7	-	98,9	-	-	-	98,4	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	96,6	95,7	-	95,8	-	-	-	95,5	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	103,3	104,3	104,8	104,6	104,4	104,9	105,4	105,3	105,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	103,6	102,6	102,1	102,6	101,7	100,7	100,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	102,7	104,7	105,5	105,6	105,6	105,5	105,5	105,5	105,5
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,1	101,5	101,4	101,3	101,6	101,8	101,6	101,5	101,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	105,1	106,0	106,1	106,0	106,1	107,5	107,8	107,9	108,0
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,1	101,8	101,9	101,9	101,9	102,2	102,2	102,1	102,1
Gesundheitspflege	1995 = 100	108,7	114,4	114,1	114,2	114,3	110,6	110,6	110,7	110,7
Verkehr	1995 = 100	104,3	104,7	105,3	105,2	105,0	107,4	108,2	109,2	109,3
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,9	97,3	97,7	97,7	97,1	87,6	87,6	87,5	87,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	102,5	103,1	104,5	104,8	103,7	102,6	105,5	104,8	103,5
Bildungswesen	1995 = 100	107,8	112,9	112,2	112,8	113,3	117,2	117,4	117,3	117,8
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	102,1	103,6	105,9	106,1	104,0	105,4	107,2	107,7	105,2
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,3	102,8	102,8	102,9	103,0	104,5	104,5	104,5	104,5

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

### **Mehr Lehrernachwuchs**

An den 23 rheinland-pfälzischen Studienseminaren bereiteten sich im Oktober 1999 insgesamt 1 804 Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter auf das Zweite Staatsexamen vor. Das waren 43 Personen mehr als vor Jahresfrist.

Die meisten Anwärterinnen und Anwärter strebten das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an. Insgesamt 768, dreizehn mehr als im Vorjahr, leisteten hier ihren Vorbereitungsdienst. Eine Zunahme gab es auch bei den angehenden Lehrkräften für Sonderschulen und Gymnasien. Die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter für das Lehramt an Sonderschulen stieg um knapp 27 % auf 175 Personen, beim Lehramt an Gymnasien wurde ein Anstieg um 10 % auf 394 registriert. Demgegenüber nahm die Zahl der Referendarinnen und Referendare für das Lehramt an berufsbildenden Schulen erneut deutlich ab. Sie ging um 40 Personen (-14 %) auf 245 zurück. Auch in der Ausbildung für das Lehramt an Realschulen ergab sich ein leichter Rückgang um drei Personen auf 222 Auszubildende.

Unter den Referendaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen waren Frauen mit 43 % in der Minderzahl. In allen anderen Ausbildungsgängen waren sie stärker vertreten als die Männer. Frauen stellten 54 % der Lehramtsanwärter für Gymnasien, 67 % der Lehramtsanwärter für Realschulen, 83 % der Lehramtsanwärter für Sonderschulen und 85 % der Lehramtsanwärter für Grund- und Hauptschulen. we

### **Erwachsenenbildung mit großem Zuspruch Vom Land mit 16 Mill. DM gefördert**

Von den Volkshochschulen und den Einrichtungen der sechs anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung wurden im vergangenen Jahr gut 48 000 Bildungsmaßnahmen veranstaltet. Sie boten damit knapp 870 000 Bildungshungrigen ein breites Spektrum an Weiterbildungsveranstaltungen, das von Zeitgeschichte, Politik, Kunst, Theologie und Philosophie über Wirtschaft, Gesundheit und Ernährung bis hin zum Nachholen von Schulabschlüssen reichte. Mehr als ein Viertel der insgesamt knapp 780 000 abgehaltenen Weiterbildungsstunden wurden im Bereich der Sprachenausbildung angeboten, fast 20 % im Bereich Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung, deutlich mehr als 10 % im Bereich Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung.

Größter Anbieter waren die Volkshochschulen. Sie veranstalteten über 72 % der anerkannten Weiterbildungsstunden. Mehr als 9 % der Stunden wurden von Einrichtungen der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung organisiert. An den Stunden gemessen drittgrößter Bildungsanbieter waren mit gut 6 % die Einrichtungen des Bildungswerkes des Landessportbundes, gefolgt von den Organisationen der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung. Unter der Regie der Landesvereinigung der ländlichen Erwachsenenbildung wurden über 3 %, von Einrichtungen der Landesarbeitsgemeinschaft für politische Bildung „Arbeit und Leben“ 2 % und von Einrichtungen der Landesarbeitsgemeinschaft „Anderes Lernen“ 1,5 % der insgesamt organisierten Weiterbildungsstunden veranstaltet.

Das Land Rheinland-Pfalz stellte im Haushaltsjahr 1998 insgesamt knapp 16 Mill. DM zur Förderung der Weiterbildung in den Haushalt ein, davon 15,5 Mill. DM an Fördermitteln und Zuschüssen für Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Weiterbildungsgesetz und weitere 320 000 DM an Zuschüssen und Ausgleichserstattungen nach dem Bildungsfreistellungsgesetz. re

### **Mehr als die Hälfte des Investitionswachstums der Industrie in den Städten Ludwigshafen und Mainz**

Das rheinland-pfälzische verarbeitende Gewerbe hatte 1998 wieder deutlich mehr in Maschinen, maschinelle Anlagen, Grundstücke und Bauten investiert als im vorausgegangenen Jahr. Die Bruttoanlageinvestitionen der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten beliefen sich auf insgesamt 5,1 Mrd. DM. Das sind 574 Mill. DM oder 12,6 % mehr als 1997. Da der Umsatz nicht in gleichem Maße anstieg, erhöhte sich die Investitionsintensität (Bruttoanlageinvestitionen im Verhältnis zum Umsatz) um 0,4 Prozentpunkte auf 4,5 %.

Die Betriebe in den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen des Landes trugen jedoch in unterschiedlichem Maße zur Gesamtentwicklung bei. An erster und zweiter Stelle standen die Städte Ludwigshafen und Mainz mit um 171 Mill. DM bzw. 126 Mill. DM höheren Investitionen als im Jahr zuvor. Das macht mehr als die Hälfte des gesamten Investitionswachstums des verarbeitenden Gewerbes aus. Danach folgten in größerem Abstand die Landkreise Mayen-Koblenz (+ 64 Mill. DM), Mainz-Bingen (+ 56 Mill. DM) sowie Bad Kreuznach und Ahrweiler mit einer Zunahme der Investitionen um jeweils 49 Mill. DM.

kurz + aktuell

Das höchste Investitionsvolumen pro Kopf der Bevölkerung wiesen auf Grund ihrer Einwohnerzahl mit 7 300 DM und 2 638 DM ebenfalls die beiden Städte Ludwigshafen und Mainz auf. Danach folgten jedoch die Städte Landau und Kaiserslautern mit Investitionsquoten von 2 019 und 1 736 DM. Während die Stadt Landau unter den Verwaltungsbezirken mit dem höchsten absoluten Investitionswachstum immerhin an achter Stelle stand, schnitt die Stadt Kaiserslautern mit einem Rückgang um 62 Mill. DM wesentlich schlechter ab.

Nach der prozentualen Veränderung konnten dagegen mit nahezu einer Verdoppelung ihrer Investitionssumme die Stadt Zweibrücken (+97,7 %) und der Land-

kreis Ahrweiler (+96,9 %) aufwarten, relativ dicht folgten der Landkreis Birkenfeld (+ 91,9 %) und die kreisfreie Stadt Landau (+87,8 %). Während die Städte Frankenthal, Koblenz, Mainz, Speyer und Ludwigshafen sowie die Landkreise Bad Dürkheim, Südwestpfalz, Bad Kreuznach, Kaiserslautern, Mayen-Koblenz, Cochem-Zell, Mainz-Bingen, Rhein-Hunsrück, Altenkirchen, Westerwald, Bernkastel-Wittlich und Rhein-Lahn ebenfalls überdurchschnittliche Wachstumsraten aufwiesen, mussten die kreisfreien Städte Neustadt, Kaiserslautern und Worms sowie die Landkreise Germersheim, Alzey-Worms, Kusel, Neuwied, Daun und Südliche Weinstraße mehr oder weniger große Investitionseinbußen im verarbeitenden Gewerbe hinnehmen. mc

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar-November		Veränderung
	1998	1999	
	Mill. DM		%
<b>Landessteuern</b>	1 404,3	1 540,7	9,7
Vermögenssteuer	45,7	59,1	29,4
Erbschaftsteuer	131,6	290,9	121,1
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	174,1	197,5	13,5
Kraftfahrzeugsteuer	764,1	690,7	- 9,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	185,2	203,9	10,1
Feuerschutzsteuer	23,1	18,7	- 19,0
Biersteuer	80,6	79,9	- 0,9
<b>Landesanteil an den Steuern vom Einkommen</b>	5 650,6	6 276,3	11,1
Lohnsteuer	4 585,8	4 577,2	- 0,2
Veranlagte Einkommensteuer	- 152,8	31,7	X
Kapitalertragsteuer	589,5	398,6	- 32,4
Zinsabschlag	234,1	226,4	- 3,3
Körperschaftsteuer	394,0	1 042,4	164,6
<b>Landesanteil an den Steuern vom Umsatz</b>	4 289,6	4 374,1	2,0
Umsatzsteuer	3 330,3	3 385,0	1,6
Einfuhrumsatzsteuer	959,3	989,1	3,1
<b>Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage</b>	92,3	79,4	- 14,1
<b>Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)</b>	49,3	37,7	- 23,5
<b>Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)</b>	140,9	121,1	- 14,1
<b>Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform</b>	29,3	29,2	- 0,1
<b>Insgesamt</b>	11 656,3	12 458,6	6,9

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im November 1999

Indexbezeichnung	1995=100	Veränderung zu Nov. 1998 in %
<b>Früheres Bundesgebiet<sup>1)</sup></b>		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	105,2	1,1
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	100,1	-1,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	107,7	1,7
Bekleidung, Schuhe	102,4	0,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	107,6	2,0
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,3	0,1
Gesundheitspflege	110,2	-2,8
Verkehr	109,5	4,7
Nachrichtenübermittlung	87,2	-9,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,2	0,7
Bildungswesen	117,9	2,1
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	105,1	2,0
Andere Waren und Dienstleistungen	105,0	1,9
<b>4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen</b>		
Gesamtindex	105,0	1,1
<b>4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen</b>		
Gesamtindex	104,8	1,1
<b>2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen</b>		
Gesamtindex	105,4	0,6
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	105,2	1,0

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

### Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
( )	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.